

95

Mai/Juni '02  
17. Jahrgang  
€ 1,50  
ISSN: 1436-7823

# Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,  
Faschismus und Imperialismus  
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falckensteinallee 10, 10557 Berlin  
Tel: 030 301 62 40  
Bilz: 10050001300-00-0000000000

Homepage: [www.afb-hbz.de](http://www.afb-hbz.de)

## Sonstige Themen:

- Die Achse des Guten
- Alles was rechts ist
- Reisebericht aus Palästina
- Antifa-Demo in Dorsten
- 1. Mai 2002
- Herner Impressionen
- Stoppt die Kriminalisierung der Kurden
- Drei Fotos aus Almanya



**Titelthema:**  
**Kein Frieden um Israel**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Editorial</b>	3
<b>Berichte</b>	
Reisebericht aus Palästina	17
Antifa – Aktionen am 1. Mai	30
Antifa – Demo in Dorsten	35
Herner Impressionen	36
<b>Analyse</b>	
Kein Frieden um Israel (Teil 4)	4
Die Achse des Guten	12
Alles, was rechts ist	38
<b>Dokumentation</b>	
AFB zum 1. Mai 2002	28
Stoppt die Kriminalisierung der Kurden	37
Drei Fotos aus Almanyia	42
<b>Material</b>	A-H

**Eigentumsvorbehalt**

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnementsbedingungen:**

Einzelabonnements/Jahr 15 EUR  
Förderabonnements/Jahr 18 EUR

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	EUR
5,5 cm	< 6 cm	< 30,-
5,5 cm	8-10 cm	30,-
10,5 cm	6-8 cm	40,-
5,5 cm	24 cm	60,-
7,7 cm	24 cm	75,-
16 cm	12 cm	75,-

**Impressum**

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch  
Oerweg 28  
45657 Recklinghausen  
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:  
Bert-Brecht-Zentrum  
Herner Str. 43  
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923  
Fax: 02361/21686  
eMail: [afb-bbz@t-online.de](mailto:afb-bbz@t-online.de)  
Internet: [www.afb-bbz.de](http://www.afb-bbz.de)

Redaktionssitzung:  
Mittwochs ab 19 Uhr  
Abonnenten- und Anzeigenkonto:  
BLZ: 430 500 01  
Konto-Nr.: 334 010 27  
(Stichwort „AntifaZ“)  
Sparkasse Bochum  
Inhaber: K. Dillmann

EDITORIAL

Der **Krieg**, den der **Staat Israel** unter Führung von **Ariel Sharon** angeblich ausschließlich gegen palästinensische Terroristen und deren „Netzwerke“ führt, zielt in Wirklichkeit darauf, die palästinensischen autonomen Gebiete zu zerstören und somit die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern.

Der **Krieg**, den **islamistische Organisationen** wie **Hamas** gegen das israelische Volk führen, dient nicht dem Kampf der Palästinenser, sondern funktionalisiert diesen, um die arabischen Völker unter die geistige Führung des Islamismus zu bringen und sie zum Aufstand gegen ihre pro-westlichen Regierungen zu mobilisieren.

Da dies den USA bekannt ist und sie sowieso von einer Ausweitung des Krieges auf den gesamten Nahen Osten ausgehen, setzen sie bedingungslos auf ihre beiden Hauptverbündeten und somit auf ihre wichtigsten militärischen Aufmarschgebiete: auf Israel und auf die Türkei.

Schon jetzt hat die Bush-Administration für sich entschieden, in einem solchen Krieg taktische Atomwaffen einzusetzen.

Auf diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass Linke, Antiimperialisten und konsequente Friedensfreunde am diesjährigen **1. Mai** in vielen Städten ihr Hauptaugenmerk auf die zunehmende **Gefahr eines Krieges im gesamten Nahen Osten** und auf seine furchtbaren Konsequenzen richteten, zu Recht wurden auch die Herren Bush und Sharon als die Hauptdrahtzieher einer solchen Kriegspolitik gezeißelt.

Diese notwendige Kritik als „antisemitisch“ zu diffamieren, entbehrt jeder Grundlage.

Dennoch darf auch nicht übersehen werden, dass interessierte Kreise diese Kritik für sich zu nutzen versuchen und erneut von einer weltweit funktionierenden „zionistischen Lobby“ oder von „Nazi-Methoden“ der „Juden“ reden. Perfide an dieser Wortwahl ist nicht so sehr, dass damit mal wieder die Verbrechen des deutschen Faschismus relativiert werden – das auch -, sondern dass „die Juden“, die als „Juden“ und nur als solche Opfer des deutschen Faschismus wurden, jetzt ebenfalls in ihrer Eigenschaft als „Juden“ auf eine Stufe mit den Tätern gestellt werden.

Und wer, wie in **Frankreich** geschehen, **jüdische Synagogen** anzündet, kann hierfür niemals als Motiv die Kritik an der Politik Israels vorschieben – hier geht es gegen „die Juden“, und das ist der historisch bekannte Antisemitismus, der sich selbstverständlich ausschließlich gegen „Juden“ richtete, auch wenn die Palästinenser von ihrer Abstammung her ebenfalls als Semiten bezeichnet werden müssen.

Mit der **Schwierigkeit der Solidarität** angesichts dieser komplizierten Situation beschäftigt sich ein Artikel von *fang*, den wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift **Graswurzelrevolution** abdrucken.

Auch der **vierte Teil** der Serie von **Klaus Dillmann** „**Kein Frieden um Israel**“ sowie ein Artikel aus der Zeitschrift *LE MONDE diplomatique* analysieren die Lage im Nahen Osten.

Ansonsten berichten wir in dieser letzten Ausgabe unserer Zeitschrift unter dem Namen „AntifaZ“ auch mit antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen, insbesondere am 1. Mai, in verschiedenen Städten der Republik.

Da uns in Zukunft sicher häufiger etwas zur Bewegung „Attac“ einfallen wird, drucken wir in dieser Ausgabe die **vorläufige Plattform** von „Attac“, die aber noch nicht endgültig verabschiedet ist. Das Material der „**gelben Seiten**“ ist schon vollkommen auf unsere künftige Orientierung ausgerichtet und beschäftigt sich mit den **Folgen der Globalisierung** für die **medizinische Versorgung** im Lande.

Bleibt zum Schluss nur ein – zugegeben ein etwas wehmütiger – Rückblick auf über 15 Jahre AntifaZ. Wir denken, es hat sich trotz aller Schwierigkeiten gelohnt, diese Zeitschrift zu machen.

Für die Redaktion

WT

# KEIN FRIEDEN UM ISRAEL

Entstehung, Entwicklung und Tragweite  
des jüdisch-palästinensischen Konflikts

## Teil 4

Dies ist die letzte Nummer der AntifaZ, und in ihr muß die Serie über den jüdisch-palästinensischen Krieg zu einem Fazit gebracht werden. Sie war ursprünglich länger entwickelt worden, weil in der Antifa-Bewegung eine nach unserer Auffassung völlig falsche Herangehensweise an diesen Konflikt Fuß gefaßt hatte. Diese läßt sich kurz so charakterisieren: Als Antifaschismus könne nur die Vorgehensweise begriffen werden, die entschieden für den Staat Israel Partei ergreife. Die palästinensische Bevölkerung sei an der schlechten Behandlung, die sie durch Israel erfahre, selbst schuld, ja die von ihr ausgehende Aggressivität gegen Israel sei mit dem Antisemitismus gleichzusetzen, analog zu dem, der seinerzeit das Vorgehen Hitlerdeutschlands gegen die Juden bestimmt habe. Gerade wir Deutschen hätten kein Recht, den Staat Israel und sein Vorgehen zu kritisieren, da wir die kollektive Verantwortung für den Massenmord an den europäischen Juden tragen und damit die Juden geradezu in eine Lage gedrängt hätten, in der sie eines Territoriums bedurft hätten, in dem sie vor künftigen Nachstellungen dieser Art gesichert seien. Eine solche Zuflucht biete ihnen heute der Staat Israel.

Diese vornehme Zurückhaltung jedoch erweist sich in dem Maße als trügerisch, wie die Regierenden hierzulande aus der oben angesprochenen kollektiven Verantwortung der Deutschen einen ganz anderen Schluß ziehen: Aus der Tatsache, daß der Holocaust vom Nazistaat ausging, folgern die Schröder/Fischer-Regierung, daß Deutschland für eine Lösung des Konfliktes zwischen dem Terrorismus aus der palästinensischen Bevölkerung und dem Terror des Staates Israel mitverantwortlich sei und Bundeswehr in Palästina präsent sein müsse.

Aus der Erfahrung des Faschismus hierzulande leitet sich jedoch m.E. grundsätzlich etwas anderes ab, als gegenüber Tendenzen, die in eine vergleichbare Richtung gehen, in falscher Bescheidenheit den Mund zu halten. Die gemachte Erfahrung sollte uns vielmehr dazu veranlassen, alles zu tun, damit sich dergleichen nicht wiederholt. Und dies nicht nur in bezug auf

Deutschland, sondern auch in bezug auf die Länder, mit denen Deutschland mehr oder weniger enge freundschaftliche Beziehungen unterhält, aus denen sich Schlußfolgerungen auch für die deutsche Vertretung in jenen Ländern ergeben. Wenn die Antifaschisten darauf verzichten, dazu Stellung zu nehmen, überlassen sie damit zugleich dem deutschen Staat das Recht der Definition dessen, was diese Beziehungen darstellen. Sie überlassen ihm also unangefochten die Definitionshoheit und können dann nur noch im nachhinein Kritik anmelden, wenn zwischen den offiziellen Definitionen und dem tatsächlichen Verhalten der deutschen Militärmacht Widersprüche sichtbar werden, sofern davon etwas bis in die Öffentlichkeit hierzulande durchsickert.

Dies gilt - wie etwa für die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA - auch für die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Wie da-

her die „uneingeschränkte Solidarität“ mit der US-Regierung bei ihrer Erweiterung der vor dem US-Präsidenten **George Bush** vor seinem Vorgehen gegen den Irak 1990 propagierten „neuen Weltordnung“ durch die Erfindung von „Nationen des Terrorismus“, gegen die die USA - als angeblich von einer solchen Nation angegriffene Macht - das Recht der Kriegsführung hätten, zu verurteilen ist, so ist im Kern auch der Anspruch der Bundesregierung zu verurteilen, in Palästina militärisch präsent zu sein, um zwischen einem Staat, der sich durch eine Bevölkerung, der er bisher das Recht auf einen eigenen Staat verwehrt hat und die er infolgedessen nicht als verhandlungsfähiges Völkerrechtssubjekt betrachtet, ja nicht einmal als Nation anerkennen will, bedroht fühlt, und eben dieser Bevölkerung Frieden zu stiften. Ein solcher Friede kann nur ein Diktat über diese Bevölkerung sein. Im kleinen Maßstab macht heute die Regierung **Scharon** ja

nichts anderes, als es die Regierung **George W. Bush** im großen Maßstab betreibt. Sie nimmt sich das Recht heraus, eine Bevölkerung mit Krieg zu überziehen, indem sie zweifellos vorhandene Akte des Terrors als Handlungen eben dieser Bevölkerung beschreibt, um diese somit „bestrafen“, d.h. über sie und ihr Territorium nach eigenem Gutdünken verfügen zu dürfen.

### Der zionistische Nationalismus und sein Verhältnis zur jüdischen Religion

Ohne mich jetzt länger mit der Entstehungsgeschichte des Zionismus aufzuhalten, der das Land Palästina seinerzeit als Niemandsland betrachtet hat und auch heute noch den längst widerlegten Mythos verbreitet (den man selbst in Deutschland von jüdischen Deutschen, die den Staat Israel und dessen Politik verteidigen, - etwa dem Dortmunder Rabbi **Kraus**, mit dem ich mich unterhalten habe - zu hören bekommt), erst die zionistischen Kolonisten hätten das Land wieder kultiviert und somit für Menschen bewohnbar gemacht, die meisten Araber seien dagegen erst als Gastarbeiter ins Land gekommen, kann man zweifelsfrei feststellen, daß die von der Regierung Sharon betriebene Politik sich einer derartigen Verhaltensweise nahezu bruchlos einordnen läßt. Der Zionismus ist ein jüdischer Nationalismus, und er hat sich bei der Landnahme in Palästina der imperialistischen Politik der Großmächte bedient, sei es Englands und Frankreichs, sei es später der USA, die nach dem Grundsatz „divide et impera“ ihre eigene Präsenz und Einflußnahme in dem Gebiet zu

sichern versuchten und sich dabei auch des jüdischen Nationalismus bedienten. Ja selbst die Bodenreform des untergehenden Osmanischen Reiches, das kurz vor seinem Untergang noch Privatisierungen des Bodens zugunsten einiger weniger Großgrundbesitzer vornahm und damit der auf dem jeweiligen Boden ansässigen Bevölkerung das Besitzrecht an dem Boden wegnahm, nutzte der Zionismus durch entsprechende Landkäufe von solchen Großgrundbesitzern und Vertreibungen der dort ansässigen Bevölkerung für seine Zwecke aus.

Man könnte nun den Nationalismus noch danach beurteilen, ob er sich als Gegenwehr einer unterdrückten Nation gegen eine unterdrückende äußert (wie es etwa der kurdische Nationalismus gegenüber der türkischen Nation oder der kosovari-

anismus gegenüber dem Judentum zu, dem er mit seiner Vernichtungsstrategie unbeabsichtigt sogar erst zur Nationwerdung verholfen hat; letzteres trifft aber auch auf den Zionismus zu, der dem palästinensischen Volk die eigene Identität verweigert und ihm damit - ebenfalls unbeabsichtigt - zur Nationwerdung verholfen hat. Und dies praktisch seit seinem Bestehen, d.h. seit Ende des 19. Jahrhunderts, als die ersten zionistischen Siedlungen - auch gegen den Widerstand der bis dahin in Palästina ansässigen jüdischen Bevölkerung - errichtet wurden. Ja das zionistische Streben nach einem jüdischen Staat wurde lange Zeit von denjenigen Juden, die ihr Selbstverständnis religiös begründeten, als Gotteslästerung betrachtet, denn diese „Säkularisierung“ der biblischen



Flughafen Tel Aviv: Vor der Abschiebung

Foto: DPA

sche Nationalismus gegenüber der serbischen Nation getan hat) oder ob es sich um den Anspruch einer unterdrückten Nation handelt, die einer unterdrückten Nation das Recht auf eigene Identität oder gar eigene Existenz verweigert. Letzteres traf auf den deutschen Nationa-

Geschichte trug von vornherein den Keim zu Unfrieden in das Land Palästina. **Michael Wolffsohn**, 1947 in Tel Aviv geboren, seit 1964 in Deutschland lebend, 1967 bis 1970 nach Israel zwecks Ableistung seines Wehrdienstes gegangen, heute Professor für Neuere Ge-

schichte an der Bundeswehr-Universität in München, also ein in rechten Kreisen keineswegs verdächtiger Mann, schreibt dazu in seinem Buch „Wem gehört das Heilige Land?“:

„Die Zionistische Bewegung wurde 1897 von **Theodor Herzl** ins Leben gerufen. Die Gründerväter des Zionismus waren alles andere als religiöse Menschen. Ihre Zionssehnsucht war politisch. Sie strebten eine jüdische 'Heimstätte' an und sprachen dabei ausdrücklich nicht von einem Staat. Die Zionisten der ersten Stunde wollten verfolge und bedrohte Juden retten, nicht das Judentum.

Deshalb waren viele auch gar nicht auf das Heilige Land fixiert. Von Argentinien oder sogar Uganda war anfangs die Rede. Diese Pläne ließen sich jedoch nicht durchsetzen. ... Das Heilige, Gelobte Land mußte es sein, auch für die nichtreligiöse Mehrheit der Zionisten.

Vorsichtig blieben sie trotzdem. Einen Staat forderten sie deshalb am Anfang noch gar nicht. Aus gutem Grund verzichteten sie darauf, denn außenpolitisch wäre es eine illusorische, selbstmörderische Forderung gewesen. ...

Es war ebenso eine innenpolitisch kluge Entscheidung. Die religiösen Juden wären durch den Zionismus noch mehr provoziert worden, eben weil die Rückkehr der Juden nach Zion in den Augen der Religiösen eigentlich Gottes Werk sei und nicht von Menschen betrieben werden dürfe. Auch die religiösen Juden waren sich über die Verquickung von Heilsgeschichte und Geschichte alles andere als einig.

Deshalb meinten einige Reli-

giöse, man solle die Zionistische Bewegung stärker an das Judentum binden. Der ursprünglich nichtreligiöse, geradezu antireligiöse Zionismus sollte von innen mehr jüdische Religiosität erhalten. Diese Religiösen nannten sich Nationalreligiöse. Sie wollten eine Judaisierung des Zionismus. Hierfür mußten sie sich in die Zionistische Bewegung integrieren. ... Die streng Gottgläubigen sahen dieses Vorgehen bereits als 'Gotteslästerung' an - und hielten sich von der Zionistischen Bewegung fern. Aber die Nationalreligiösen sprachen in bezug auf ihr Ziel in Zion ebenfalls nicht von einem Staat, sondern vielmehr von einem geistigen Zentrum, auf Hebräisch '**Misrachi**', und so nannten sie ihre Organisation. Zion sollte wieder geistiges und religiöses Zentrum des jüdischen Volkes werden. Die Frage der Staatlichkeit wurde ... nicht angesprochen. Die Religion war demnach nicht Mittel zum politischen Zweck. Ganz im Gegenteil: Religiöse stürzten sich in die zionistische Arena, um die Schwächung der Jüdischen Nationalbewegung zu verhindern, so sahen es jedenfalls die Religiösen.

Für die Zionisten war Zion (Jerusalem) Ortsangabe und Ziel ihrer politischen Absicht. Nicht als Seelenretter, sondern als Lebensretter der Juden wollten sie sich betätigen. Sie provozierten dabei die religiösen Juden immer heftiger. Die Erziehungspolitik, eine traditionelle Basis der Religiösen, sollte eine weltlich-nationalistische, also zionistische Angelegenheit werden. Das beschlossen die Zionisten 1902.

Auch die Nationalreligiösen

fühlten sich herausgefordert. Erst jetzt wandelten sie ihre eher lose Gruppierung in eine innerzionistische 'Partei' um. Das Überleben des jüdischen Volkes hänge nicht nur von der 'Rückkehr in das Land unserer Väter' (von Müttern war in dieser patriarchalischen Gesellschaft natürlich nicht die Rede) \*, sondern auch von der 'Beachtung der religiösen Vorschriften', verkündete 1904 die Misrachi-Partei in ihrem Preßburger Gründungsprogramm.

Unverdrossen drehte die nichtreligiöse Mehrheit der Zionisten weiter an der religionspolitischen Spirale. Nicht nur Erziehungspolitik, sondern ganz allgemein Kulturpolitik verlangte sie 1911. Die jüdische Orthodoxie betrachtete diese Entscheidung als regelrechte Kriegserklärung. Nun organisierten auch sie sich. '**Agudat Israel**' nannten sie ihren Bund. Die von den Nationalreligiösen angestrebte Judaisierung des Zionismus hielten sie für Augenwischerei. ...

Die Prinzipien des Zionismus, so die Agudatisten, richteten sich gegen die jüdische Religion. 1940, während in Polen die deutsche Mordmaschinerie gegen die Juden auf Hochtouren lief, polemisierte der agudatistische Rabbiner **Isaak Breuer**: 'Es ist der Nationalismus, der uns vom Zionismus trennt. ... Der Nationalgedanke in der Thora ist dem des Zionismus entgegengesetzt. ... Der zionistische Nationalgedanke ähnelt mehr dem englischen als dem des Gottesvolkes.' ...

Die Erfahrungen des Holocaust modifizierten das Welt- und Erlösungsbild der Agudatisten. Die Agudat Israel schloß sich ... dem 'Marsch durch die zionistischen Organisationen' an. Üb-

rigens war sie dabei sehr erfolgreich.

Die Begründung für diesen Wandel ähnelt der nationalreligiösen Entscheidung für die Teilnahme am zionistischen Aufbauwerk. Auf eine treffende Formulierung brachte es der agudatistische Rabbi **Benjamin Mind** im Jahre 1947: 'Wir wissen zwar, daß der jüdische Staat nicht die vollständige Erlösung ist, an die wir glauben. Aber wir wissen, daß dieser Staat Erleichterung und Rettung für viele hunderttausend Juden bringen wird. Daher ist es vielleicht möglich, den jüdischen Staat als Beginn der Erlösung zu bezeichnen.'

Die militant orthodoxen Mitglieder der **Neturei Kartha** verschanzen sich nach wie vor hinter ihrer selbsterrichteten Mauer. Das Land Israel ist für sie nicht der Ort einer physischen, also diesseitigen, sondern einer metaphysischen, das heißt eher jenseitigen Erlösung. ... Widerstand gegen die nationalsozialistischen Mörder verweigerten sie, die 'Glorie des Martyriums' nahmen sie auf sich - weil sie 'von Gott gesandt' sei. (° Anmerkung von mir - KD; Hervorhebung durch Fettdruck von mir.)

Die Neturei Kartha unterhält in Palästina nicht nur Beziehungen zur palästinensischen Nationalbewegung, sie betrachtet sich auch als dazugehörig. So entsandte sie 1991 zu den irsaelisch-palästinensischen Friedensgesprächen drei eigene Delegierte als Teil der palästinensischen Delegation. Vom Standpunkt des israelischen Nationalismus, dem Wolffsohn das Wort redet, erscheint das natürlich als Ausdruck ihrer Verrücktheit. Seine Darstellung des Zionismus, bei der er das

Motiv der Lebensrettung in den Vordergrund stellt, ist allerdings etwas schön gefärbt. Der Zionismus wandte sich insbesondere auch gegen eine Assimilierung von Juden in den Staaten, in denen das Judentum sich emanzipiert hatte. Herzl, der sein Buch übrigens „Der Judenstaat“ benannte, verhandelte mit dem russischen Zaren, um ihm nahezubringen, daß die Pogrompolitik der schwarzen Hundertschaften in dessen eigenem Interesse in eine Förderung der zionistischen Suche nach einer „nationalen Heimstätte“ für die Juden umzuwandeln sei. Die Zionisten leisteten allerdings an einer Stelle dem Nazistaat einen Widerstand, der Fanalwirkung hatte. Sie erhoben sich bei dem Versuch der Nazis, das jüdische Ghetto in Warschau aufzulösen und die dort noch verbliebenen Juden zur endgültigen Vernichtung nach Auschwitz abzutransportieren, 1943 zum bewaffneten Kampf und leisteten der erdrückenden militärischen Übermacht der Nazis, bei der auch die Wehrmacht zum Einsatz kam, monatelangen erbitterten Widerstand (von Januar bis Mai), bei dem sie die Nazis zeitweise das Fürchten lehrten.

Bei **Gert von Paczenski** („Faustrecht am Jordan?“) liest sich die Geschichte des Konflikts bis 1948 so:

„Die Friedenskonferenz des Jahres 1919 brachte zwar den Versailler Vertrag zustande und den Vertrag über die Gründung des Völkerbundes - mit vielen wohlklingenden Phrasen über die Verpflichtung weiter entwickelter Nationen gegenüber den weniger entwickelten, und auch wieder über das Selbstbe-

stimmungsrecht - aber keine Regelung der Lage im Nahen Osten.

Dort blieben die Besatzungsarmeen, wie sie bei Kriegsende gewesen waren: Die Briten in Ägypten, Palästina, Syrien und Mesopotamien, die Araber unter **Feisal** im Hedschas mit Kontrolle über das Innere Arabiens bis Damaskus. Aber binnen kurzem veränderten die Briten und die Franzosen die politische Karte der Gegend so, daß sie spätere Spannungen und Explosionen auch dann unvermeidbar gemacht haben würden, wenn es kein Palästina-Problem gegeben hätte.

Ende 1919 übergaben die Briten Beirut und die libanesischen Küste an französische Truppen, und 'allierter' Administrator Syriens wurde der französische General **Gouraud**.

Die Araber konnten dem entnehmen, daß die Alliierten das **Sykes-Picot-Abkommen** über die Aufteilung, dessen Existenz sie gegenüber Hussein und seinem Sohn Feisal so wortreich abgestritten hatten, nunmehr in die Tat umsetzen würden. Sie revoltierten.

In Jerusalem und Jaffa brachen außerdem antijüdische Unruhen aus.

Der arabische Nationalkongreß in Damaskus wählte Feisal zum König von Syrien und Feisals Bruder **Abdallah** zum König von Irak.

Nichts davon hinderte Briten und Franzosen, sich an ihr abgemachtes Spiel zu halten, mit nur geringen Abwandlungen. Im Vertrag von **Sèvres** ließen sie sich im August 1920 von den Türken die Loslösung Syriens, Mesopotamiens, Arabiens und Ägyptens vom osmanischen Reich unterschreiben, nachdem sie sich ein paar Monate vorher

*in San Remo endgültig geeinigt hatten, wie sie nun verfahren würden. Das ganze Arrangement wurde dann im Vertrag von Lausanne 1923 noch einmal ... bestätigt.*

*England wurde Protektoratsmacht über Ägypten und Mandatsmacht über den Irak, der aus den Bezirken Bagdad, Basra und Mossul gebildet worden war.*

*Frankreich wurde Mandatsmacht über Syrien (das zunächst den Libanon einschloß, der im September 1920 abgespalten wurde). Es bekam freie Hand. Feisal und sein arabisch-syrisches Königreich mit Gewalt zu beseitigen.*

*Im März 1921 (britischer Kolonialminister war Winston Churchill) 'komplettierten' die Engländer das Arrangement. Sie entschädigten ihren übers Ohr gehauenen alten Helfer und Waffengefährten Feisal, den die Franzosen nun vertrie-*

*britannien schnitt aus Palästina östlich des Jordan den 'Staat' Transjordanien heraus und machte Abdallah zu seinem König.*

*Schließlich, im September 1923, trat das Palästina-Mandat in Kraft."*

Der Generalversammlung der UNO, die über das künftige Schicksal Palästinas, nachdem Großbritannien das Mandat niedergelegt hatte, zu entscheiden hatte, lag ein Bericht eines von ihr ernannten Sonderkomitees vom 31.8.1947 vor, in dem von einem **Mehrheitsplan** einer Teilung des Landes bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Union und einem **Minderheitsplan** eines Bundesstaates die Rede war. Die Teilungsresolution (die als Empfehlung ausgedrückt war) teilte Palästina in 6 Hauptteile auf, von denen 3 (56 % des Gesamtgebietes) einem „zionistischen Staat“ reserviert bleiben sollten, die übrigen 3

chen Gebiete eingeschlossen, diese sollten aber durch Angliederung weiterer Gebiete „arrondiert“ werden. Die Bevölkerung des „zionistischen Staates“ sollte 498.000 Juden und 497.000 Araber umfassen, die des „arabischen Staates“ 725.000 Araber und 10.000 Juden. Die übrigen Juden und Araber sollten in der „internationalen Zone“ Jerusalem leben.

Die Araber lehnten die Teilung mit der Begründung ab, dadurch würden die Bestimmungen der Charta der UNO verletzt, denen zufolge ein Volk das Recht habe, über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Sie stützten ihre Ablehnung darauf, daß in dem „jüdischen Staat“ bei einem Bevölkerungsanteil von 50 % beider Gruppen den Juden die Führungsrolle zugesprochen werden sollte.

Der sowjetische UN-Delegierte sagte bei der Diskussion der Pläne im November 1947:

*„Daß kein westeuropäisches Land imstande gewesen ist, die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu gewährleisten oder es vor den Gewaltakten der faschistischen Henker zu schützen - das erklärt das Verlangen der Juden, ihren eigenen Staat zu gründen. Man kann dieses Recht dem jüdischen Volk nicht verweigern, wenn man alles berücksichtigt, was es im Verlauf des zweiten Weltkrieges erlitten hat. ... Weder die Vorgeschichte noch die heutigen Verhältnisse in Palästina können eine einseitige Lösung der palästinensischen Frage rechtfertigen, sei es im Sinne der Gründung eines unabhängigen arabischen Staates, ohne die legitimen Rechte des jüdischen Volkes zu berücksichtigen, sei es im Sinne der Grün-*



Nablus, 3. Mai 2002

Foto: Omar Qusini/rtr

*ben hatten, indem sie ihn in Bagdad zum König des Irak machten. Das wiederum war ja nun eigentlich Abdallah vorbehalten gewesen, und der arabische Nationalkongreß hatte ihn doch schon dorthin gewählt. Also mußte für ihn ein neuer Thron gefunden werden. Groß-*

Teile mit der Enklave Jaffa (43 % des Gesamtgebietes) sollten einem „arabischen Staat“ zufallen, während Jerusalem als „internationale Zone“ unter UN-Verwaltung stehen sollte. In die dem „zionistischen Staat“ zugesprochenen Gebiete waren alle in jüdischem Besitz befindli-

„die Lösung eines unabhängigen jüdischen Staates ohne Berücksichtigung der legitimen Rechte der arabischen Bevölkerung. ... Die Interessen der Juden wie der Araber Palästinas können in angemessener Weise nur durch die Gründung eines jüdisch-arabischen Staates geschützt werden, der demokratisch und unabhängig ist. ... Sollte diese Lösung wegen der immer gespannteren Beziehungen zwischen Juden und Arabern nicht zu verwirklichen sein ..., müßte man eine zweite Lösung prüfen, die wie die erste in Palästina ihre Anhänger hat und die Teilung dieses Landes in zwei unabhängige Staaten vorsieht: einen jüdischen und einen arabischen Staat. Ich wiederhole: Diese Lösung wäre nur gerechtfertigt, wenn sich herausstellen sollte, daß die Beziehungen zwischen Juden und Arabern Palästinas so gespannt sind, daß es unmöglich ist, die friedliche Koexistenz der Araber und Juden zu gewährleisten.“ (Paczenski, a.a.O.)

Die sowjetische Delegation hatte der UN-Versammlung im Frühjahr 1947 den Vorschlag gemacht, einen gemeinsamen jüdisch-arabischen Staat mit demokratischem Charakter zu bilden und so die nationalen Spannungen zu beseitigen, dieser Vorschlag fand aber keine Mehrheit. Um trotzdem zu einer Lösung zu kommen, schlug die sowjetische Delegation die Errichtung zweier Staaten vor, die durch eine Wirtschaftsunion verbunden sein sollten. Voraussetzung sollte aber in beiden Fällen der Rückzug der britischen Truppen aus dem Lande sein.

Der UN-Teilungsplan entsprach nicht dem zionistischen Ziel eines Großisrael, die UdSSR un-

terstützte nicht den Zionismus, sondern solche Juden, die aus Europa flohen und sich in Palästina gegen die britische Besatzungsmacht gewandt hatten.

Einen Vorschlag, der dem sowjetischen auf den ersten Blick nicht unähnlich ist, machte übrigens (1997) der bereits erwähnte Michael Wolffsohn, der in seine Überlegungen Jordanien einbezieht.

„Wem gehört nun das Heilige Land? Es gehört niemandem, es gehört allen. Allen, die überlebt haben. Allen, die dort leben wollen oder dort leben müssen.

Wer sich allein auf sein Recht beruft, muß wissen, daß es auf sehr wackligen Fundamenten ruht. Das Heilige Land gehört den Überlebenden der verschiedenen Völker, auch Juden und Arabern natürlich. Das Heilige Land war als Durchgangsland eigentlich immer multinational, multikonfessionell und multi-kulturell. Der Gedanke, es in den Staat einer Nation, also in einen Nationalstaat, umzuwandeln, ist verständlich. Er ist jedoch unrealistisch.

Ein Kompromiß ist langfristig nicht ausgeschlossen, denn irgendwann wird das Königreich Jordanien 'Palästina' sein. Schon heute ist Jordanien bevölkerungspolitisch ein Land der Palästinenser. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war, daß König Abdallah leichtsinnigerweise 1948 Palästina schluckte, indem er das Westjordanland und Ost-Jerusalem seinem Herrschaftsgebiet widerrechtlich einverleibte. ...

Aber wenn Jordanien 'Palästina' wird, gilt eine Grundaussage des israelisch-arabischen Konfliktes nicht mehr, daß nämlich die Palästinenser ein Volk ohne Land seien.

Wenn Jordanien 'Palästina' wird, haben die Palästinenser einen Staat. 'Nein, Herr Wolffsohn, das machen wir nicht', sagte mir kürzlich ein führender PLO-Repräsentant. Verständlich, denn eigentlich strebt die PLO einen Staat im Westjordanland und Gaza-Streifen an, am liebsten auch im israelischen Kernland. Aber das ist völlig unrealistisch. Deswegen bietet sich an, die zweitbeste Lösung anzustreben, nicht die drittbeste.

Wenn es dann ein 'Palästina' in Jordanien gibt, stellt sich die Frage nach dem Leben in der Diaspora für Palästinenser auch grundlegend anders. Dann blieben die Palästinenser freiwillig in der Diaspora, wie die Juden in Europa oder Amerika. Als gute Bürger des jeweiligen Staates, der nicht mehr Exil, sondern Heimat wäre.

Auch die Zukunft der Menschen in den von Israel besetzten Gebieten sowie der Palästinenser im israelischen Kernland wäre leichter zu regeln. Alles blickt gebannt auf die besetzten Gebiete und übersieht den innenpolitischen Sprengstoff der in Israel lebenden Palästinenser.

Bei unseren Überlegungen müssen wir bedenken:

- Im Westjordanland, in Ost-Jerusalem sowie im israelischen Kernland finden wir eine jüdisch-arabische Mischbevölkerung vor. Eine 'Trennung der Bevölkerungsgruppen' wäre nur mit blutiger Gewalt durchsetzbar. Deshalb muß sie abgelehnt werden.

- Eine weitgehend nur arabische Bevölkerung finden wir in Jordanien.

- Selbstbestimmung für Menschen ist entscheidend, nicht die räumliche Zuordnung der Selbstbestimmung.



Bethlehem am 1. Mai 2002

Foto: REUTERS

Daraus abgeleitet wäre eine Kompromißregelung denkbar, die - neben einem palästinensischen Staat in Jordanien - einen jüdisch-arabischen Bundesstaat im israelischen Kernland sowie im Westjordanland und Gaza-Streifen vorsähe: also eine Mischung aus Bundesstaat (Föderation) und Staatenbund (Konföderation). Der Bundesstaat würde das Bundesland Israel (= israelisches Kernland) sowie ein Bundesland Westjordanien und im Gaza-Streifen umfassen. Der Staatenbund (Konföderation) entspräche dann dem Gebilde aus Palästina (heute Jordanien) mit dem Bundesstaat Israel, Westjordanland und Gaza-Streifen.“

Wolffsohn plädiert leidenschaftlich dafür, daß Juden und Araber endlich zu einem Schlußstrich unter ihre blutige Auseinandersetzung ziehen, wenn sie keinen Kompromiß fänden, würden sie eines Tages die Verlierer sein.

„Die Rüstungsspirale im Nahen

Osten hat einen gefährlichen Punkt erreicht. Diese Region ist mit biologischen und vor allem chemischen Waffen aufgerüstet. Außer diesen B- und C-Waffen droht die vernichtende A-Waffe, die Atombombe. Israel hat die Atombombe längst, der Irak versucht immer noch ..., sie herzustellen. Libyen ist kurz davor, sie von Pakistan zu bekommen. Der Iran, Algerien ..., auch Syrien unternehmen alles, um die Bombe zu besitzen. Die Aufrüstung des Nahen Ostens mit Atomwaffen ist in vollem Gange. ... Seit 1992 sind nun alle Dämme gegen die Gefahr der Verbreitung der Atomwaffen im Nahen Osten ... gebrochen.

Mit dem Simson-Effekt wäre dann zu rechnen. Wir erinnern uns an den jüdischen Richter aus dem Alten Testament. Von Delila wurde er verführt. Die Philister nahmen ihn gefangen, stachen ihm die Augen aus und versklavten ihn. Gott gab ihm noch einmal seine gigantische

Kraft zurück. Simson stieß nun die Säulen des Gebäudes um, in dem die Philister ein Freudenfest ... feierten. Das Haus brach zusammen, die Philister wurden in den Tod gerissen, und Simson starb mit ihnen.

Sollte dieses Unheil die Zukunft des Heiligen Landes sein?“

Daß die PLO von einem solchen Plan nicht gerade begeistert ist, ist erklärlich: Tatsächlich hatte es eine Zeitlang in Jordanien eine Art Doppelherrschaft zwischen dem jordanischen König (Hussein) und der PLO gegeben. Diese endete im „schwarzen September“ 1970 in einem blutigen Gemetzel, bei dem rund 60.000 Palästinenser umgebracht wurden, während Israel Gewehr bei Fuß an der Grenze stand und flüchtenden Palästinensern den Grenzübertritt verwehrte.

#### Was ist heute grundsätzlich anders als 1948?

In den sich mit der Gründung

Israels ergebenden Kriegen zwischen Israel und Koalitionen von arabischen Staaten ging es in aller Regel nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, sondern um territoriale Aufteilung des Gebietes zwischen Israel und diesen Staaten. Die Palästinenser waren erst sehr spät dazu gekommen, eigene Organisationen zu gründen, die sich dann in dem Dachverband der PLO zusammenschlossen.

Die islamistisch-fundamentalistischen palästinensischen Organisationen gehörten nicht dazu, sondern wurden wiederum vor allem aus anderen Staaten (Iran, Saudi-Arabien) gefördert und finanziell unterstützt. Ihre Sache ist auch nicht ein palästinensischer Nationalstaat, sondern ein islamischer Staat, möglichst in ganz Palästina. In Israel sehen sie einen Vorposten der gottlosen westlichen Welt.

Heute läßt sich feststellen, daß der israelische Staatsterrorismus vorbedacht und systematisch die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung verschlechtert und nicht nur das Leben dieser Menschen in Palästina immer schwerer macht, sondern auch die Grundlagen für ein eigenständiges Wirtschaften dieser Bevölkerungsgruppe vernichtet. Er macht ihr das Wasser streitig, zerstört ihre Bodenkulturen, reißt ihre Häuser ein, zerreißt ihr Gebiet durch Errichtung israelischer Wehrdörfer und befestigter Straßen, die ihren Lebensraum mehr und mehr einengen. Er ist dafür hauptverantwortlich, daß das Durchschnittseinkommen einer palästinensischen Familie heute bei etwa 5 % des Durchschnittseinkommens einer israelischen Fa-

milie liegt. Schon dieser krasse Unterschied im Lebensstandard macht ein gemeinsames Leben beider Bevölkerungsgruppen in einem einzigen Staat unmöglich, da dann der nationale Widerspruch zugleich zu einem Klassenwiderspruch würde. Und der Staat Israel, der gern mit der Behauptung hausieren geht, Palästinenser könnten doch auch israelische Staatsbürger werden, weigert sich, die Menschen nach Palästina zurückkehren zu lassen, die bzw. deren Vorfahren vom Staat Israel zu Flüchtlingen gemacht worden sind und die bis heute - seit mehr als 50 Jahren - in teilweise zigtausend Menschen umfassenden Flüchtlingslagern (wie etwa dem durch die israelische Armee zerstörten Lager **Dschenin**) auf engstem Boden zusammengepfercht leben. Denn diese Bevölkerungsgruppe würde die eindeutige Mehrheit der Menschen auf israelischem Boden darstellen, und sollte Israel ihnen die Staatsbürgerschaft nicht vorenthalten können, so würden sie den Charakter dieses bisher jüdisch dominierten Staates grundlegend verändern. Bereits heute drängt sich auf dem nicht zum Staat Israels gehörigen Drittel des palästinensischen Bodens eine Mehrheit der in Palästina lebenden Bevölkerung, ja selbst in dem nicht zum Staat Israel gerechneten Gebieten, die offiziell als der palästinensischen Autonomiebehörde unterstellt gelten, nehmen jüdische Siedler einen ihrer Anzahl nach unverhältnismäßig großen Teil des Territoriums in Beschlag. Solange das so ist, ist jeder Friede illusorisch und muß die israelische Regierung sich weigern, dort die Errichtung eines von Israel unabhängigen palästinens-

sischen Staates zu dulden. Logischerweise werden immer neue Bedingungen von Israel gestellt, z.B. wer in den sogenannten autonomen Gebieten leben darf und wer nicht, unter welchen Bedingungen man überhaupt bereit ist, an die Stelle militärischer Maßnahmen Verhandlungen treten zu lassen, und wen man überhaupt als Verhandlungspartner akzeptiert. Daß unter den gegebenen Bedingungen Religion nicht nur zum Seufzer der geknechteten Kreatur wird, sondern - nein, nicht zum Opium, das apathisch macht - vielmehr zum LSD des Volkes von Palästina wird, in dessen Rausch sich die in ihm angestauten Aggressionen gewaltsam Bahn brechen, wen verwundert das?

Das Vorgehen Israels ist jedoch nicht geeignet, die israelische Bevölkerung vor dem Terror durch palästinensische Selbstmordattentäter wirksam zu schützen. (Genauso wenig, wie das militärische Eingreifen der USA überall auf der Welt dazu geeignet ist, die amerikanische Bevölkerung vor Terroranschlägen wirksam zu schützen.) Die Begründung der israelischen Militäraktionen damit, daß die palästinensischen Autonomiebehörden das nicht geschafft haben, erweist sich angesichts der Realität als Bumerang. Auch in Israel begreift das ein zunehmender Teil der Bevölkerung.

In dem, was sich im jüdisch-palästinensischen Konflikt abspielt, kann man auf verhältnismäßig kleinem Raum grundsätzlich all das ablesen, was sich auf viel größerer Fläche zwischen den USA und dem Rest der Welt ereignet.

KD

## WARUM ARIEL SCHARON FÜR GEORGE W. BUSH „DER“ MANN DES FRIEDENS IST

### Die Achse des Guten

Ariel Scharon war lange Zeit in den USA *Persona non grata*, und auch nach dem 11. September sahen die Amerikaner die israelische Regierung nicht automatisch als Verbündeten im Kampf gegen den Terror. Während Scharons Stern seit dem Ende des Afghanistankriegs steigt, ist der von Arafat längst gesunken, auch wenn Bush derzeit gegenüber Scharon auf Arafat als Verhandlungspartner besteht. Da Scharon mit seinem Einmarsch in die Autonomiegebiete die Nachbarstaaten auf den Plan brachte, haben die Amerikaner in den letzten Monaten ihr zurückhaltendes Wohlwollen zugunsten intensiver diplomatischer Bemühungen aufgegeben.

Von GEOFFREY ARONSON

Wegen seiner Rolle bei den Massakern an Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila musste Ariel Scharon im Februar 1983 vom Amt des israelischen Verteidigungsministers zurücktreten und war auf Jahre hinaus für die politischen Machtzentren in Washington *Persona non grata*. Eine besonders herzliche Feindschaft bestand zwischen Scharon und James Baker, dem Außenminister von Präsident George Bush (1989-1993). Zum wachsenden Entsetzen Bakers war es nämlich Scharon, der innerhalb der Likud-Regierung von Jitzak Schamir, den Gedanken von Großisrael umsetzend, den Bau zusätzlicher Siedlungen im besetzten Westjordanland vorantrieb.

Die Rehabilitierung Scharons in Washington begann, als er zum Außenminister der Regierung Netanjahu ernannt wurde. Im November 1997 setzte er sich im Weißen Haus mit Bill Clintons Nationalem Sicherheitsberater Sandy Berger zusammen. Wie üblich mit vielen Landkarten bewaffnet, räumte Scharon ein, dass ein Palästinenserstaat unvermeidlich sei. Der Plan, für den er die Clinton-Regierung gewinnen wollte, sah etwa die Hälfte des Westjordanlandes und den größ-

ten Teil des Gaza-Streifens für einen solchen Staat vor. Die israelische Tageszeitung *Ha'aretz* berichtete am 28. November 1997 unter Berufung auf einen höheren US-Regierungsvertreter, Berger sei „von dem Treffen beeindruckt gewesen, Scharon gab sich pragmatisch und moderat“.

Doch noch nie strahlte Scharons Stern in Washington so hell wie in diesem Frühjahr. Tony Blair und Scharon gehören zu den glühendsten Verfechtern von Bushs Antiterrorkrieg. Beide teilen entsprechend auch dessen Antipathie gegen die „Achse des Bösen“, die Bush in Bagdad, Teheran und Pjöngjang sieht. Dass Scharon den Amerikanern im Laufe der Jahre schon viele Probleme bereitet hat, ist dem persönlichen wie dem institutionellen Gedächtnis der Mächtigen in Washington und ihren Beratern entfallen. „Ich halte Ariel Scharon für einen Mann des Friedens“, äußerte sich George W. Bush am 18. April 2002, just zu einem Zeitpunkt, da über 75 000 israelische Soldaten ins Westjordanland einrückten, da die wichtigsten palästinensischen Städte zerstört wurden und da Israelis wie Palästinenser den Tod von unschuldigen Menschen beweinten.

Doch während Scharon als „Mann des Friedens“ gefeiert wird, hat Jassir Arafat das bisschen Wohlwollen, das ihm in der US-Hauptstadt je entgegengebracht wurde, verloren. „Arafat hat keines seiner Versprechen gehalten“, erklärte Bush am 6. April, „er verdient mein Vertrauen nicht.“ Dass der Palästinensenfürher in Washington unwiderruflich in Ungnade gefallen ist, hat tiefergehende Gründe als sein schlichtes Versäumnis, sich den Wünschen Bushs zu fügen. Arafat wird mittlerweile mit einer Verachtung gestraft, wie sie nur politischen Parias zuteil wird. Der Friedensnobelpreisträger wird weder respektiert noch gefürchtet. Die Diskussionen kreisen um das wohlverdiente Ende seiner politischen Karriere, das ihm freilich nicht durch Wahlen zuteil wird (bei seinen eigenen Leuten ist er populärer als je zuvor), sondern durch ein Machtwort der Amerikaner und Israelis, weil er angeblich nichts mehr zum Friedensprozess beitragen kann.

Arafat muss dafür büßen, dass sein Name mit den Oslo-Verträgen verbunden ist, die die führenden Köpfe der Bush'schen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ablehnen. Denn sie sind

gegen einen Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten. Und da Arafat zu Clintons Zeiten der häufigste ausländische Besucher im Weißen Haus war, ist er eine zusätzliche Belastung, denn er erinnert die Bush-Leute an das, was sie Clinton nachträglich als Fehler ankreiden: dass er die Machtmittel des Präsidentenamtes bei der illusionären Suche nach einem israelisch-arabischen Frieden vergeudet habe. Und obwohl die Bush-Leute den Oslo-Prozess stets als unfair gegenüber Israel heruntergemacht haben, gilt ihnen die Weigerung Arafats, auf das „großzügige Angebot“ von Scharons Vorgänger Barak in den Verhandlungen zwischen Juli 2000 und Januar 2001 einzugehen, als Indiz dafür, dass Verhandlungen mit ihm stets in einer diplomatischen Sackgasse enden.

Im weiteren Horizont des „Antiterrorkrieges“ und der Offensive gegen Saddam Hussein spielen die Palästinenser und die arabische Welt bestenfalls noch eine Charginrolle. Für die maßgeblichen Vertreter der Bush-Administration sind Arafat und seine Polizeitruppen im Antiterrorkrieg keineswegs dem israelischen Gegenspieler gleichgestellte Partner. Für sie ist Arafat im besten Fall ein Faktor, der Palästina und die ganze Region potenziell destabilisieren kann und den es deshalb zu neutralisieren gilt. Im schlimmsten Fall könnte Washington (wie schon Sharon) zu dem Schluss kommen, dass Arafat und die von ihm repräsentierten Institutionen ein hoffnungsvoller Fall und also entbehrlich sind.

Im Januar war die Bush-Regierung kurz davor, diesen Schluss zu ziehen. Die Israelis hatten gerade ein mit Waffen beladenes Schiff abgefangen, das eine Verbindung zwischen der palästinensischen Führung und Teheran offenbarte. Die Nahostreise von Außenminister Colin

Powell wurde von Henry Kissinger – aber auch von mehreren jüngeren Arafat-Beratern – als Versuch der USA gewertet, „Arafat eine letzte Chance zu geben“, also der Forderung des US-Präsidenten zu entsprechen und seiner Verurteilung des Terrors Taten folgen zu lassen. Mit Kis-

Tragödie datiert. Kernstück dieses Programms ist die Entwicklung sowohl einer neuen Generation von offensiven Nuklearwaffen als auch eines neuen Raketenabwehrsystems.

In seiner State-of-the-Union-Rede vom 29. Januar 2002 hat Bush herausgestrichen, dass er



Palästinensische Gefangene aus Fatah Hanun

Foto: AP

singers Worten: „So wie der Präsident die Sache sieht, haben wir es nicht mit einem Friedensnobelpreisträger zu tun, solange die terroristischen Aktivitäten andauern, ohne dass die beteiligten Parteien etwas dagegen tun.“ (1)

Mit der Formel vom Antiterrorkrieg hat George W. Bush einen aufrüttelnden Schlachtruf erfunden, der inzwischen das Markenzeichen seiner Präsidentschaft ist. Bush ist ganz begeistert von seiner Rolle in dem Moralstück, das als Antwort auf die Al-Quaida-Attentate inszeniert wird, und sonnt sich im selbstgerechten Glanz seines Feldzuges gegen den Terror. Die Reaktion der USA auf den 11. September hat ihm eine politische Raison d'être verschafft und sich zugleich als wirksames Mittel erwiesen, um die Zustimmung der breiten Öffentlichkeit für ein diplomatisches, militärisches und strategisches Programm zu mobilisieren, das bereits aus der Zeit vor der

den Einsatz der US-Militärmacht gegen al-Quaida und Taliban als Beitrag zu einem umfassenden Kreuzzug gegen die „Achse des Bösen“ sieht. Damit instrumentalisierte er die moralische Selbstgewissheit des Antiterrorkrieges zur Begründung der nicht ganz so noblen Projekte eines Raketenabwehrsystems und der Weiterentwicklung und Produktion nichtkonventioneller Waffen. In diesem Sinne erklärte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 31. Januar 2002: „Die entscheidende Frage, die uns jetzt beschäftigt, ist die Verbindung zwischen den terroristischen Netzwerken und den terroristischen Staaten, die über Massenvernichtungswaffen verfügen. Machen wir uns nichts vor: es gibt diese Verbindung, und deshalb müssen alle Menschen in aller Welt endlich begreifen, dass wir es mit etwas zu tun haben, das sich völlig von allem unterscheidet, was in früheren Zeiten

existierte. Dieses neue ist eine tödliche Bedrohung nicht nur für tausende, sondern für hunderttausende von Menschen. Man stelle sich nur die Gewalt und die tödliche Wirkung dieser Waffen vor!"

### Gegen Bagdad und Teheran

Für diese neue strategische Orientierung ist Israel aus der Sicht von Bush ein maßgeblicher Bundesgenosse. Die Israelis verfügen nach eigener Aussage über das weltweit erste – und einzige funktionierende – Raketenabwehrsystem, und sie haben eine Schlüsselrolle bei dem von den USA befürworteten Bemühen, diese militärische Errungenschaft an die Türkei und Indien zu verkaufen. Die strategische Allianz zwischen Jerusalem und Washington basiert auf der Zusammenarbeit in technologischen Bereichen, die für die Raketenabwehrstrategie der USA entscheidend sind. Demgegenüber ist der Streit Israels mit den Palästinensern aus der Sicht Washingtons von relativ geringer strategischer Bedeutung.

Seit über 20 Jahren versucht die israelische Führung, die US-Regierung von ihrer Wahrnehmung zu überzeugen, dass der Iran und der Irak durch ihre nichtkonventionellen (also ABC-) Waffen eine Bedrohung darstellen. Die von Washington nach dem Golfkrieg favorisierte Idee, Israel könne gemeinsam mit den arabischen Staaten eine Koalition gegen Bagdad und Teheran bilden, haben Sharon und seine Gesinnungsgenossen im Pentagon stets abgelehnt.

Anders Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger, der in seiner Rede vom 20. Oktober 1999 die Verbindung erläutert: „Wenn wir die offenen Probleme des Friedensprozesses nicht lösen können, wird dies zentrifugale Kräfte in einer Region freisetzen, in der immer mehr Staaten über immer mehr nichtkonventionelle Waffen

verfügen. Die Gefahr eines Konflikts, bei dem Massenvernichtungswaffen zum Einsatz kommen, ist beträchtlich. Deshalb glaube ich, dass es im vitalen Interesse der Vereinigten Staaten liegt, dem Friedensprozess zum Erfolg zu verhelfen.“

Nachdem der Friedensprozess gescheitert ist, gilt für die Bush-Regierung ein arabisch-israelisches Bündnis nicht mehr als aussichtsreichster Eröffnungszug für eine Konfrontation mit dem Irak und dem Iran. Diese Schlussfolgerung wird noch bestärkt durch die unilateralistische Philosophie von Verteidigungsminister Rumsfeld wie von Vizepräsident Richard Cheney und deren Beratern, die unbedingt das von Bush senior begonnene Geschäft zu Ende bringen und Saddam Hussein stürzen wollen. Diesen engsten Bush-Mitarbeitern erscheint es nicht besonders vorteilhaft, einen wie auch immer gearteten Preis für eine – in ihren Augen – nicht gerade substanzielle Hilfsbereitschaft der arabischen Staaten zu zahlen, die ihnen im Übrigen ohnehin sicher ist, sobald sich ein Sieg der USA abzeichnet.

Wenn sich die Bush-Strategen eine Karte Vorderasiens ansehen, sind ihre Augen vor allem auf die Golfregion gerichtet. Wenn sie – widerwillig – ihren Blick dennoch auf Palästina und der verwirrenden Zahl von Kriegsparteien ruhen lassen, dann nicht etwa, weil sie doch noch vage auf eine Annäherung zwischen Sharon und Arafat hoffen, sondern weil sie fürchten, die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern könnte auf die israelische Ostfront übergreifen und Irak und Jordanien wie auch Syrien und den Libanon in den Konflikt hineinziehen.

Für die Strategen der Bush-Regierung ist der Dauerkonflikt zwischen Israel und den Palästi-

nensern wie ein schwarzes Loch von enttäuschten Erwartungen, in das man sich nur ja nicht hineinziehen lassen will. Tatsächlich ist er für viele in der Regierung Bush ein strategischer Nebenschauplatz, der nur von der Hauptfrage ablenkt, an der sich die Zukunft der Region entscheiden wird – dem Sturz von Saddam Hussein. Diese Leute sind heilfroh, eine so zeitraubende, erschöpfende und undankbare Mission dem zögerlichen Außenminister Colin Powell zuschieben zu können, der sich in Sachen Afghanistan und Irak relativ moderat geäußert hat. Sie selbst können sich umso besser darauf konzentrieren, die Militärmacht der USA in allen Ecken der Welt zur Geltung zu bringen.

Colin Powell scheint zu begreifen, worum es in dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern tatsächlich geht. So erklärte er vor seiner Abreise aus Jerusalem am 17. April: „Ich verlasse dieses Land, aber ich lasse zugleich grundsätzliche Fragen zurück, die sich an die Menschen und die führenden Politiker der Region, aber auch an die internationale Gemeinschaft insgesamt richten. Die Frage an die Menschen und die Führung in Israel lautet, ob es für einen starken und vitalen Staat Israel nicht an der Zeit ist, die destruktive Siedlungs- und Besatzungspolitik zu beenden, im Einklang mit der klaren Position, die Präsident Bush in seiner Rede am 4. April bezogen hat. Israel sollte den Blick nach vorn richten, auf das Versprechen eines umfassenden und dauerhaften Friedens, das die Region und die Welt in Aussicht gestellt haben. Die Menschen und die Führung der palästinensischen Autonomiebehörde müssen sich fragen, ob sie nicht für immer auf Gewalt und Terrorismus verzichten und verbindlich auf die Formel Frieden durch Verhandlungen setzen sollen. Terro-

risten und Gewalttäter dürfen den palästinensischen Traum von der Unabhängigkeit nicht in Geiselschaft nehmen und damit die Entstehung eines palästinensischen Staates verhindern.“ Der Außenminister hat die Bush-Regierung immerhin zu der Einsicht gedrängt, dass ein unabhängiger Palästinenserstaat seine Vorzüge hat – zehn Jahre nachdem die Regierung von George Bush senior in einem „Garantiebrief“ der Regierung Jitzak Schamir versichert hatte, dass sie gegen die Gründung eines solchen Staates sei. (2)

Aber Powell hat es nicht nur mit zwei betagten politischen Führern zu tun, die sich gegenseitig verachten, die ihre Ziele mit gnadenloser Konsequenz verfolgen und die beide entschlossen sind, ihrem Gegenspieler noch den kleinsten möglichen Vorteil abzutrotzen. In Washington werden Powells Bemühungen doppelt behindert: zum einen durch den Respekt, den Scharon in den USA genießt, zum anderen durch das Festhalten an einem diplomatischen Konzept, das kaum noch etwas mit der von Scharon geschaffenen veränderten Lage zu tun hat. Zumal diese Veränderungen deutlich die israelische Auffassung demonstrieren, dass die mit Arafat in Oslo besiegelte Partnerschaft am Ende ist. Powell sieht sich zudem im eigenen Land einem Oberbefehlshaber und einer politischen Kultur gegenüber, die tief in ihrem Inneren den Krieg Scharons gegen Arafat in Ordnung findet.

Auf dieser gefühlsmäßigen Basis hat die Bush-Regierung während ihrer ersten Monate im Amt ihre Sichtweise herausgebildet. Ihre grundsätzliche Intention, keine führende Rolle zu übernehmen, hat freilich nicht dazu geführt, dass die USA sich zurückgehalten und dem Problem nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Vielmehr hat die anhal-

tende Intifada, kulminierend in Israels jüngstem militärischem Angriff auf Gebiete im Westjordanland, die nominell der palästinensischen Autonomiebehörde unterstehen, die maßgeblichen außenpolitischen Instanzen in Washington, und vor allem Powell und CIA-Direktor George Tenet, dazu gezwungen, sich widerstrebend mit der Krise zu befassen.

Doch ihr Engagement zeichnet sich eher durch ein ineffektives, tendenziell geheimniskrämerisches Krisenmanagement aus als durch eine irgendwie zielgerichtete politische Strategie. Im aktuellen Verhalten der USA sind nur zwei Elemente einer klaren Strategie erkennbar: Zum einen wird die palästinensische Autonomiebehörde immer vernehmlicher zur Beendigung der Rebellion aufgefordert, egal ob diese von Kräften unter der Kontrolle der Autonomiebehörde oder von oppositionellen Gruppen getragen

danland und versetzte den Sicherheitsorganen der Palästinenser den Gnadenstoß. Dabei waren diese Organe eines der zentralen Ergebnisse des Kompromisses, den Israel und die PLO vor zehn Jahren abgeschlossen hatten und der die Oslo-Abkommen erst möglich gemacht hatte. Obwohl die CIA Arafats Polizei- und Sicherheitsapparate lange auf politischer und technischer Ebene unterstützt hatte, sahen die USA seelenruhig zu, wie dieser Apparat von Scharon kastriert wurde. Wobei Washington während der Angriffe im April lediglich intervenierte, um einige der Kapitulationsbedingungen für die palästinensische Polizei abzumildern, und danach irritiert zusah, wie die Israelis das Hauptquartier der Sicherheitsorgane in Ramallah in Schutt und Asche legten.

Was im April den plötzlichen Aufbruch Powells zu seiner Nahostreise auslöste, war die Gefahr, dass Scharons Attacke eine nega-



Hausarrest beendet

Foto:DPA

wird. Zum anderen wird Scharon immer wieder auf sein Versprechen festgenagelt, die militärischen Initiativen Israels mit dem Weißen Haus abzustimmen.

Unter Berufung auf diese Einschätzung startete Israel im März 2002 eine eskalierende Serie militärischer Vorstöße ins Westjor-

danland und versetzte den Sicherheitsorganen der Palästinenser den Gnadenstoß. Dabei waren diese Organe eines der zentralen Ergebnisse des Kompromisses, den Israel und die PLO vor zehn Jahren abgeschlossen hatten und der die Oslo-Abkommen erst möglich gemacht hatte. Obwohl die CIA Arafats Polizei- und Sicherheitsapparate lange auf politischer und technischer Ebene unterstützt hatte, sahen die USA seelenruhig zu, wie dieser Apparat von Scharon kastriert wurde. Wobei Washington während der Angriffe im April lediglich intervenierte, um einige der Kapitulationsbedingungen für die palästinensische Polizei abzumildern, und danach irritiert zusah, wie die Israelis das Hauptquartier der Sicherheitsorgane in Ramallah in Schutt und Asche legten.

Menschen wie auch auf die Position der staatlichen Führungen in der Region hatte. Wir sahen Dinge, mit denen wir nie gerechnet hatten: In Bahrein wurden Autos in Brand gesteckt, in Marokko ging eine halbe Million Menschen auf die Straße, in Ägypten wurde demonstriert. Auch heute gab es wieder Demonstrationen. Solche Dinge machen uns Sorgen, weil es nicht mehr um einen Konflikt zwischen zwei Parteien in den besetzten Gebieten geht, sondern um etwas, was weit über diesen Hexenkessel hinaus um sich greift und nicht nur Interessen der USA berührt, sondern auch die Interessen Israels, und zwar ziemlich dauerhaft und langfristig.“

Powells Reisesationen lassen erkennen, dass er den Krisenherd auf die Region Israel/Palästina eingrenzen wollte. Bei seinen vorab festgelegten Besuchen in Marokko, Ägypten und Spanien unterschrieb Powell eine gemeinsame Erklärung mit der UN, der EU und der russischen Führung, die aggressiver formuliert war als alles, was das Weiße Haus verlautbart hatte, und die deshalb auch in Washington und von der US-amerikanischen Presse nicht zur Kenntnis genommen wurde. Bei seinen Treffen, die er noch schnell in Beirut und Damaskus arrangierte, plädierte Powell für einen Abbau der Spannungen mit der Hisbollah an der israelischen Nordfront. Worauf der Präsident in Washington die Erklärung nachschob, dass sich auch Syrien und der Iran heraushalten sollten. Diese Bush-Erklärung war ein weiterer Beleg für die Prioritäten Washingtons, denn damit konnte Israel seine militärische Offensive ungestört fortsetzen.

Die Politik der USA gegenüber Palästina und dem Irak bereitet den wichtigsten arabischen Verbündeten Washingtons in der Region – Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien – schweres Kopf-

zerbrechen. Um das durch die Wahl von Bush und Sharon entstandene diplomatische Vakuum zu füllen, hat Saudi-Arabien als gemeinsame arabische Strategie einen Plan vorgelegt, der die Anerkennung Israels und den Frieden anbietet. Dieser Plan wurde von Washington zunächst heruntergespielt und in der Folge als arabisches Angebot fehlinterpretiert, Arafat und der PLO die Zuständigkeit für das Palästina-Problem zu entziehen und sie an die arabischen Staaten zurückzugeben, die sie schon von 1948 bis 1974 wahrgenommen hatten. Dass es Washington versäumte, Sharon die Aufhebung von Arafats faktischem Hausarrest abzutrotzen, damit dieser zum arabischen Gipfel in Beirut fahren konnte, lässt darauf schließen, dass das Weiße Haus trotz der Bush-Rede vom 4. April bereit ist, wie die Regierung Sharon das Kapitel Arafat abzuschließen.

Ein Kernsatz der Bush-Rede vom 4. April lautete: „Ich habe folgende Botschaft verkündet: Jeder muss sich entscheiden, entweder ist man auf Seiten der zivilisierten Welt oder auf Seiten der Terroristen. Auch im Nahen Osten muss sich jeder entscheiden und sich entschlossen in Wort und Tat gegen terroristische Aktionen wenden. Der Vorsitzende der palästinensischen Autonomiebehörde ist den Terroristen nicht konsequent entgegengetreten. Die Situation, in der sich Arafat heute befindet, hat er weitgehend selbst herbeigeführt. Er hat seine Chancen verpasst und damit die Hoffnungen der Menschen verraten, die er eigentlich führen soll. Angesichts dieses Versagens fühlt sich die israelische Regierung gezwungen, die terroristischen Netzwerke zu zerschlagen, die ihre Bürger töten. (...) In dem Maße, in dem sich Israel zurückzieht, müssen die palästinensischen Führer und Israels

arabische Nachbarn sich hervorwagen und demonstrieren, dass sie tatsächlich auf der Seite des Friedens sind.“

Die Entscheidung des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak und des jordanischen Königs Abdallah, nicht nach Beirut zu reisen, wie auch die Entscheidung Abdallahs, am Ende von Powells Nahostreise sich nicht mit diesem zu treffen, zeigten in aller Klarheit, wie verzweifelt beide über die Haltung Washingtons sind, über die mangelnde Bereitschaft der USA, ihre Bemühungen um eine Beschwichtigung der arabischen Empörung zu unterstützen, wie über das Ausbleiben konkreter Schritte, die der auch von Washington befürchteten Verschlimmerung der regionalen Gesamtsituation Einhalt gebieten könnten.

Als Powell seine Nahostmission am 17. April beendet hatte, war die Region ein gefährlicherer Ort als zu Beginn seiner Reise. Ariel Sharon kann sich in seiner Einschätzung bestätigt fühlen, dass die Bush-Regierung bereit ist, seine politischen und militärischen Pläne weitestgehend mitzutragen. Jassir Arafat dagegen kann nur noch sprachlos zur Kenntnis nehmen, dass Washington keinerlei Interesse mehr an seiner Rehabilitierung hat. Und auf beiden Seiten bereiten sich die Unschuldigen darauf vor, in die nächsten Schlachten zu ziehen.

(in: *LE MONDE diplomatique*, Mai 2002)

#### Anmerkungen :

- (1) CNN-Interview mit Henry Kissinger am 10. April 2002.
- (2) Siehe Paul-Marie de La Groce, „Was Washington will“, *Le Monde diplomatique*, November 2001

# ZEUGNIS ABLEGEN

## Reisebericht einer Friedensdelegation von Porto Alegre nach Palästina

Im Flugzeug, das mich von Paris nach Tel Aviv führt, überkommen mich Erinnerungen. Im Marokko der 60er Jahre wanderten viele meiner Schulkameraden aus: nach Frankreich, Argentinien, Kanada, aber auch nach Israel. Ein diffuses Gefühl der politischen Verantwortung stellt sich ein: Der Zionismus und Israel waren nicht nur Ergebnis des Völkermords der Nazis, auch nicht nur religiöser Identifikation. Die „laizistische“ Definition der Judenheit ist eine andere als die religiöse, aber beide sind irgendwie nahe Verwandte der demokratischen und der Arbeiterbewegung. Moses Hess, ein Vorläufer des Zionismus, hat mit Marx sympathisiert, wie dieser kam er vom Linkshegelianismus. Und es waren jüdische Offiziere der Roten Armee, die nach 1045 die Haganah, die erste Armee Israels, aufgebaut haben. Ein Gefühl der Traurigkeit aus dem Eindruck einer totalen Sackgasse.

Die Reise war am Vorabend beschlossen worden, als Attac erfuhr, dass der Internationale Rat des Weltsozialforums von Porto Alegre eine internationale Delegation nach Palästina unterstützte, die aus einer starken brasilianischen Gruppe sowie Personen aus Europa, Nordamerika und Asien bestehen sollte. Das schien mir die Gelegenheit, mich der internationalen Solidaritätsbewegung mit Palästina anzuschließen.

In vielen Ländern wurden in den letzten Monaten solche Delegationen zusammengestellt, um die Lage vor Ort zu erkunden. An Weihnachten machten sich 400 Menschen auf den Weg; danach fuhr jede Woche eine neue Delegation, zeigte permanente Präsenz. An Ostern waren 600 vor Ort, als die israelische Armee ihre Offensive gegen die palästinensischen Dörfer begann. Darunter waren führende Vertreter der MST (Bewegung der Landlosen), der baskischen Antiglobalisierungsbewegung, Via Campesina, Attac; Verantwortliche des Genoa Social Forum haben tagelang im Krankenhaus von Ramallah ausgeharrt; sie wurden von griechischen Vertretern der Bewegung abgelöst, die für Genua mobilisiert hatte.

Europäer waren in Ramallah zahlreich vertreten,

US-Amerikaner in Bethlehem. Am Tag der Invasion haben sie mit weißen Fahnen palästinensische Ambulanzwagen begleitet, damit diese nicht zur Zielscheibe israelischer Soldaten würden; andere haben die Flüchtlingslager in der Stadt „beschützt“ und damit das Eindringen der Truppen um wertvolle Tage hinausgezögert.

Rory, ein 30jähriger Schotte, der über zehn Tage in Bethlehem war, ist ein gutes Beispiel für diesen neuen Typ von Aktivisten. Sechs Monate im Jahr ist er Wirtschaftsanwalt in einer Londoner Kanzlei; damit verdient er genug, um für den Rest der Zeit etwas anderes zu tun. Vor der Abfahrt hat er sich eine kleine digitale Kamera besorgt und vor Ort Kontakte zur Presse aufgenommen. Er ist ein privilegierter Zeuge, seine Berichte wurden auf der Titelseite einer großen schottischen Tageszeitung veröffentlicht, er steht in regelmäßigem Kontakt mit BBC und CNN.

Die weltweite Bewegung, die seit Seattle in Gang gekommen ist, war in der Lage, sich im Krieg gegen Afghanistan der Friedensbewegung anzuschließen. Heute trägt sie maßgeblich zum Erwachen einer Art internationalen zivilen Gewissens bei. Die hier ins Kriegsgebiet fahren, wollen nicht mehr, wie im spanischen Bürgerkrieg oder auch noch während der sandinistischen Revolution Seite an Seite mit den Revolutionären kämpfen, sie wollen sich selbst ein Bild machen, Zeugnis ablegen, demokratische Spielräume öffnen und versuchen, die Zerstörungen durch die Armeen in Grenzen zu halten.

### In Israel

Die Formalitäten an der Grenze bringe ich problemlos hinter mich, weil ich die Adresse einer Freundin habe; das erlaubt mir, die inquisitorische Befragung über die Gründe meiner Einreise zu überstehen. Alle, die in einer Gruppe einreisen, werden ohne Umstände ausgewiesen, ebenso Einzelpersonen, deren Gründe der Einwanderungsbehörde nicht ausreichend erscheinen. In den letzten Tagen wurden auf diese Weise etwa hundert Menschen die Einreise verweigert.

Am Abend treffe ich mit Michael Warschawsky

zusammen. Er erzählt über die Situation in Israel. Die Lage ist sehr schlecht, nicht nur deswegen, weil in jedem Krieg der erste Reflex der Schulterchluss ist; nicht nur deswegen, weil den Israelis wegen der Selbstzensur der Presse ein völlig verstelltes Bild von der Realität vermittelt wird: Sie bekommen lange Reportagen über die Beerdigung der Opfer der Selbstmordattentate und über deren Angehörige zu sehen; aber nur kurze Bilder über die Lage im Westjordanland, die zudem den Eindruck erwecken, die Lage würde sich dort normalisieren.



Friedensdemo in Tel Aviv

Foto: AP

Der Kern des Problems ist, wie Sharon das Scheitern von Camp David und Taba interpretiert. Demnach hätten Yassir Arafat und die palästinensische Führung in den Verhandlungen einen Palästinenserstaat auf dem Territorium von Gaza und dem Westjordanland abgelehnt. Dies und die Selbstmordattentate gegen Zivilisten innerhalb von Israel wären der Beweis dafür, dass das wirkliche Ziel der Palästinenser nicht, wie sie sagten, die Bildung eines Staates in den 1967 besetzten Gebieten sei, sondern die Zerstörung Israels.

Sharons Erklärungen, es gehe derzeit um das „Überleben des jüdischen Volkes“, mögen in den Ohren ausländischer Beobachter unrealistisch klingen, im Land selbst erfüllen sie ihre Funktion. Dass die Arbeitspartei in der Regierung bleibt, gibt ihnen zusätzliche Glaubwürdigkeit, ebenso die Anschläge auf Synagogen wie in Frankreich; sie werden benutzt als Beleg für ein neues Anschwellen des Antisemitismus auf der ganzen Welt. In diesem paranoiden Klima wiegen die zahlreichen Verurteilungen der israelischen Aktionen durch die internationale Gemeinschaft nicht wenig.

Es ist deshalb wichtig, noch einmal in Erinnerung zu rufen, worum die Verhandlungen damals gingen. Sharons Vorgänger, Ehud Barak

von der Arbeitspartei, hatte keinesfalls vor, die gesamten besetzten Gebiete zurückzugeben; er wollte die grenznahen Siedlungen behalten, hätte sie bestenfalls gegen ein Stück Wüste eingetauscht. Auch in Ostjerusalem sollte nur ein kleiner Stadtteil am Stadtrand der Palästinensern zurückgegeben werden. Keinerlei Zugeständnisse gab es beim heikelsten Problem, dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge von 1948, nicht einmal für die 200 000, die im Libanon leben und deren Situation am schwierigsten ist.

### Jenin

In einem jener Hotels, in denen sich ausländische Journalisten, Diplomaten und Verantwortliche aller Art in solchen Konfliktsituationen versammeln, treffe ich auf Leo Gabriel von den Europäischen Märschen und Attac Österreich. Er hat ein Auto, das sich nach Jenin aufmacht. Die Nachrichten, die uns vom dortigen Flüchtlingslager erreichen, sind sehr besorgniserregend.

Jenin liegt ganz im Norden der Westbank. Im israelischen Gebiet drum herum sind zahlreiche arabische Dörfer verstreut; aus ihnen stammen etliche, die bei: Exodus 1948 im Flüchtlingslager von Jenin gelandet sind – ein Exodus, den die Palästinenser noch heute *nakbah*, die Katastrophe, nennen.

Zunächst irritiert der unglaubliche Flickenteppich von Territorien und Bevölkerungen. Jederzeit kann man, inmitten der besetzten Gebiete, auf eine israelische Siedlung treffen; wer über Kontakte verfügt, kann leicht zwischen Israel und dem Westjordanland hin und her pendeln. Allein dieser Tatbestand macht die Vorstellung von einer festen Grenze, die die besetzten Gebiete von Israel abtrennen würde, völlig unwirklich – es sei denn, man schickt die 200 000 israelischen Siedler wieder weg.

Die Nachrichten aus Jenin sind schrecklich. Wir können das Lager nicht betreten. 13 000 Menschen leben dort, man kann draußen noch Maschinengewehrsalven hören. In den Nachbardörfern Taybeh und Rumanah treffen wir Flüchtende. Es sind nur Männer; Frauen und Kinder sind in anderen Dörfern untergebracht. Die Zeugnisse gleichen sich.

Zahlreiche Häuser wurden von Raketen zerstört, die von Hubschraubern oder Panzern abgeschossen wurden, die Mehrzahl der Männer war verhaftet worden, zwei, drei Tage lang unter entwürdigenden Umständen festgehalten und so

## **HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH !**

Unter diesem Motto rufen die fünf Jugendorganisationen von IG Metall, ver.di, IG Bau, Transnet und NGG zusammen mit Attac zum gemeinsamen Aktionstag am 14.9.2002 in Köln auf. Für eine andere Politik, für Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität und Umverteilung.

Auf dem Weg nach Köln tritt ein Großteil der Gewerkschaftsjugend im Rahmen ihrer Kampagne „Her mit dem schönen Leben“ im Verlaufe des Jahres mit verschiedenen dezentralen Aktionen an. Die Forderungen:

Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums

Qualifizierte Ausbildung in Betrieben, moderne Berufsschulen und ein verbessertes Berufsbildungsgesetz

Betriebliche Ausbildungsplätze für alle – Umlagefinanzierung jetzt

Vollbeschäftigung: Sinnvolle und qualifizierte Arbeitsplätze für alle

Globalisierung von unten

Eine offene Gesellschaft für alle, gegen Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt

Für einen ökologischen und sozialverträglichen Verkehr

Bildungschancen

Soziale Sicherheit für alle – für Verbesserungen durch die Gesundheitsreform.

Als Freibeuter verkleidet werden die Gewerkschaftsjugendlichen am 14.9.2002 den Neoliberalismus in Köln entern. Und sie werden zusammen mit Attac durch Köln ziehen und auf einer großen gemeinsamen Abschlusskundgebung ihr Verständnis von Politik klar machen.

Was verbindet die Gewerkschaftsjugend mit Attac ? Es ist die gemeinsame Kritik am Primat neoliberaler Ideologie, der damit unmittelbar verhafteten Standortlogik und der nachweisbar widerlegbaren These, allein der Wettbewerb und das freie Spiel der Marktkräfte diene dem Wohle aller. Es ist aber auch, vielleicht sogar vor allem der Frust über die Unglaubwürdigkeit der Parteien und ihre Vertreter. Soziale und außerparlamentarische Bewegungen entstehen dort, wo die Politik versagt. Eine Woche vor den Bundestagswahlen geht es darum zu zeigen, dass eine neoliberal ausgerichtete Globalisierung mit all ihren Konsequenzen weltweit kein Schicksal, sondern allenfalls politischer Wille ist. Gefordert ist eine Globalisierung von Gerechtigkeit und Demokratie. Eine andere Welt ist möglich !

Der 14.9.2002 auf den Straßen Kölns wird ein Höhepunkt sein, keinesfalls ein Abschluss. Im Sommer 2003 wird sich eine neue Bundesregierung am Tag der Wahrheit an den gemeinsamen Forderungen messen lassen müssen. Und diese Bundesregierung wird hoffentlich verstanden haben, dass sie an einer neuen sozialen Bewegung nicht vorbeikommt.

**Claudia Meyer, DGB-Bundesjugendsekretärin**

## PRIVATISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN MACHT KRANK

### Globalisierung schreddert Sozialsysteme

Ein Grundsatz des Neoliberalismus lautet, dass Privatisierung generell etwas Positives ist, da sie „Effizienzreserven“ freisetzt und Kosten senkt. Unter dieser Maxime nehmen Privatisierungsbemühungen auch im Gesundheitswesen zu – nebst der Privatisierung von Krankenhäusern und einer drohenden Spaltung der gesetzlichen Krankenversicherung in Wahl- und Pflichtleistungen ist die Marktöffnung von Gesundheitsleistungen auch Ziel internationaler Verträge. Im Gesundheitswesen kommt man bei näherer Betrachtung allerdings zu dem Ergebnis, dass Privatisierung das System verteuert und Patienten zum Spielball ökonomischer Interessen macht.

Von Dr. Harald Klimenta

Viele fragen sich, was das Gesundheitswesen mit Globalisierung, dem ureigensten Thema von Attac, zu tun hat. Die Antwort lautet: „Leider schon sehr viel – mit steigender Tendenz“:

Noch sind Privatversicherungen, die Kapital auf den internationalen Finanzmärkten anlegen, in der Minderheit. Käme es zu einer Aufspaltung in Wahl- und Pflichtleistungen, bei der gesetzliche Krankenversicherungen nur noch eine Minimalversorgung gewährleisten, würden die erforderlichen Zusatzversicherungen für reiche Milliardenbeiträge in die Hände von Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds spülen.

Noch sind Krankenhäuser, an denen internationale Anleger ihre Renditevorstellungen durchsetzen können, in der Minderheit – doch ein Markt mit einem Umsatz von 250 Mrd. Euro weckt gewisse Begehrlichkeiten. Private Investoren haben ein leichtes Spiel:

- Überschuldete Kommunen privatisieren ihre Kliniken aus Kostengründen, weil sie kein Geld für Investitionen haben und sich mit den Erlösen eine Verschonung im Schuldenkarussell gönnen wollen. Damit wird das Ende einer wohnortnahen, patientenfreundlichen Versorgung eingeläutet: Privatkliniken werden mittelfristig zu hochspezialisierten Profitcentern umgebaut.
- Das Gerede von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen wird von den steigenden Versicherungsabgaben scheinbar gestützt und führt dazu, dass sich das neoliberale Dogma „Privat = Effizient“ selbst im Gesundheitswesen durchsetzt und das Menschenrecht Gesundheit Renditekalkülen geopfert wird.

#### Die Mär von der Kostenexplosion

Fakt ist: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stiegen in den letzten 25 Jahren nicht mehr als das Wirtschaftswachstum. Wieso stiegen dann gleichzeitig die Beiträge der Versicherten um 38 %? Die Antwort ist einfach: Zusätzlich zum Lohnausfall aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit blieben die Lohnsteigerungen der Beschäftigten deutlich hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, die Reallöhne sind seit 1991 sogar um 5 % gesunken. Doch nur die Löhne – und nicht die deutlich gestiegenen Gewinne – werden zur Finanzierung des Gesundheitswesens herangezogen. Zwingende Folge: Selbst ohne jegliche Kostenexplosion steigt die Belastung jedes einzelnen Be-

schäftigten. Ursache dieser Entwicklung ist der durch neoliberale Globalisierung zwischen den Staaten entfesselte Standortwettbewerb, mit dem die Unternehmer seit 20 Jahren fast ununterbrochen Lohnzurückhaltung durchsetzen konnten.

### **Die Mär von der „effizienten“ Privatisierung**

Obwohl private Krankenversicherungen deutlich höhere Verwaltungskosten verursachen als gesetzliche, soll eine Stärkung der Privatversicherungen kostendämpfend wirken. Dann werden noch mehr Mittel für Kundenwerbung ausgegeben und in instabile Finanzmärkte investiert. So werden zwar Börsen- und Anlegerinteressen stärker berücksichtigt, die Effizienz der Gesundheitsversorgung wird aber nicht gesteigert.

Privatisierungsdruck geht ebenso von dem internationalen Dienstleistungsabkommen GATS aus, das einen weltweiten Handel von Gesundheitsdienstleistungen anstrebt. Hierzu müssen diese Leistungen vergleichbar gemacht und marktförmig umgestaltet werden, andernfalls wären sie nicht handelbar. Das neue, ausschließlich auf Pauschalen basierende Abrechnungssystem in den Krankenhäusern erfüllt diesen Zweck: Es zerlegt Patienten in eine Summe abrechenbarer Diagnosen. Damit setzt sich der Shareholder-Value-Gedanke im Krankenhaus gleich doppelt durch:

Die PatientInnen erscheinen (wie Erfahrungen aus Australien und den USA belegen) durch das neue Abrechnungssystem kränker, da nur noch Diagnosen einem Krankenhaus Geld bringen und diese maximiert werden.

Einmal privatisiert, fallen die Beschäftigten nach einigen Jahren aus der öffentlichen Tarifbindung heraus. Hernach lassen sich Löhne zum Nutzend der Aktionäre „flexibler gestalten“ – und damit senken.

Ob nach diesen „Reformen“ noch ein vertrauensvolles Arzt-PatientInnenverhältnis entstehen kann, bleibt zweifelhaft.

### **Die Mär vom effizienten Pharmakonzern**

Die südafrikanische Regierung wollte für AIDS-kranke Menschen ein patentgeschütztes Medikament billig herstellen lassen. In der Folge klagten 39 Konzerne wegen eines Bruchs des Patentschutzes. Als ein Richter, ermutigt durch öffentliche Proteste, den Medikamentenpreis nachvollziehen wollte und Einblick in die Bücher des Herstellers verlangte, zogen alle 39 Konzerne ihre Klage zurück – die hohen Preise waren offenbar nicht durch hohe Forschungskosten zu rechtfertigen, sonst hätte der Konzern nichts zu verbergen gehabt. Es ist einleuchtend: Wenn ein Konzern die Möglichkeit zur Patentierung eines wichtigen Medikaments hat und er den Preis ohne Kontrolle von außen festlegen darf, hat er damit die Lizenz zum Geld drucken. Der Konzern kann sich überlegen, wie viel er in welchen Ländern für ein Medikament verlangen kann, damit es dort eingeführt und von Krankenkassen bezahlt wird. Für Konzerne zweifellos ein „effizientes“ Vorgehen.

### **Die Mär von der ehrlichen Sozialdemokratie**

1998 versprach uns Oskar Lafontaine samt SPD die Rücknahme unsozialer Elemente in der Rentenversicherung und stellte sich als Garant für ein gerechtes Sozialsystem dar. 2002 verspricht die Bundesgesundheitsministerin: „Mit mir wird es keine Zweiklassenmedizin geben“ und gibt sich (wahl)kämpferisch. Statt des Versprechens von 1998 ist das Gegenteil Realität geworden: das paritätische Sozialstaatsmodell, mithin 100 Jahre Sozialgeschichte, wurde durch die Riester-Rente zerstört. Daraus müssen wir lernen: Die ge-

genwärtigen Politiker-Phrasen, egal wie gut sie klingen, ja selbst, wie gut sie gemeint sind, sind null und nichtig. Wenn wir uns jetzt nicht lautstark wehren, wird das Gesundheitssystem zerstört:

Arbeitgeber, private Krankenhausgesellschaften und Versicherungen stehen in den Startlöchern, um sich in einer neuen Runde neoliberaler Globalisierung ein dickes Stück vom Kuchen abzuschneiden, das genau in diesem Umfang Kranken, Armen und alten Menschen weniger zu Gute kommt.

Doch eine andere Welt ist möglich: Politik reagiert auf alles, was sich deutlich genug artikuliert. Soziale Bewegungen konnten ihre Ziele noch immer durchsetzen – wenn sie lange genug durchhielten. Noch haben Privatisierungsbefürworter die bessere Lobby – wir könnten das gemeinsam ändern !

## Wirtschaftliche Konkurrenz im Gesundheitswesen WENIGER SOLIDARITÄT UND MEHR UNGLEICHHEIT

Von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

### Wirtschaftlicher Wettbewerb führt zu Risikoselektion

Funktionierende Konkurrenz zwischen eigennützigen Wirtschaftssubjekten gilt zu Recht als der verlässlichste Anreiz für Innovation und niedrige Preise. Im Gesundheitswesen ist beides dringend erforderlich: Innovation im Hinblick auf Prävention, Patientenorientierung, Versorgungsintegration und Leistungsqualität sind zum Teil seit Jahrzehnten überfällig, Kosten bzw. Preise gelten vielfach als überhöht.

Warum also nicht mehr wirtschaftliche Konkurrenz im Gesundheitswesen ? Wenn Krankenkassen (wie in Deutschland seit Beginn der 90er Jahre) miteinander konkurrieren, dann wetteifern sie nicht in erster Linie um bessere und billigere Versorgung, sondern um junge, gut gebildete und gesunde Versicherte in dauerhafter beruflicher Position. Die zahlen gute Beiträge und sind weniger krank, sie ‚kosten‘ die Kasse nur ein Bruchteil der diabetischen Altersrentnerin oder gar des Hämophiliepatienten. Weil sich die Kassen mit erfolgreicher ‚Jagd auf gute Risiken‘ wirtschaftlich erheblich erfolgreicher stellen können als mit mühsamen Verbesserungen der Verträge mit Ärzten und Krankenhäusern, wenden sich Aufmerksamkeit und Zuwendung von den schutzbedürftigen Gruppen der Bevölkerung ab. Der ursprünglich egalitäre sozialpolitische Auftrag der Kassen tritt in den Hintergrund. Die Politik versucht durch allerlei Instrumente (v.a. Risikostrukturausgleich, Kontrahierungszwang) diese unerwünschten Wirkungen der Konkurrenz zu mindern, bis heute weitgehend erfolglos, die Anreize zum ‚Rosinenpicken‘ sind einfach zu stark.

### Wirtschaftlicher Wettbewerb führt zu niedrigen Versorgungsstandards und verschärft Ungleichheit

Wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Ärzten oder Ärztegruppen oder auch zwischen Krankenhäusern führt – formell oder unter der Hand – zu unseriösen Versprechungen und Bevorzugungen für die begehrten (medizinisch eher unproblematischen) Versicher-

ten und – in der Tendenz – zum Abschieben schwieriger und teurer Patienten an die Konkurrenz.

Wenn Kassen direkt mit einzelnen Ärzten oder Ärztezusammenschlüssen verhandeln, setzen sie – das zeigt das Beispiel USA – nicht nur geringere Honorare, sondern auch niedrigere Behandlungsstandards durch und greifen tiefer als jede Regierung in die Therapiefreiheit ein. Weniger bürokratisch geht es dabei auch nicht zu.

Wenn sich Ärzte – wie in der Schweiz – zu Health Maintenance Organisations (HMO) zusammenschließen und komplette Versorgung in kooperativen Netzwerken anbieten, sind sie auf den ersten Blick um ca. ein Fünftel ‚billiger‘ als herkömmliche Versorgung. Aber: mehr als drei Viertel dieser Ersparnis beruht darauf, dass sich vorwiegend junge, besser gebildete und gesunde Versicherte für HMO's entscheiden. Deshalb werben HMO's auch mit Vorrang genau um diese Versicherten. Welches Interesse sollte eine in der Konkurrenz stehende HMO auch daran haben, integrierte Versorgungsformen z.B. für Herzranke, chronisch Rückenleidende oder auch weniger gebildete Versicherte zu entwickeln und anzubieten? Ertragreicher ist es, solche Versicherten bzw. Patienten – formell oder unter der Hand – fernzuhalten oder dem Konkurrenten zuzuschieben.

Der Patient bzw. Versicherte kann sich – theoretisch – gegen solche Verschlimmbesserungen durch Wechsel der Versicherung bzw. des Arztes bzw. der HMO wehren. Praktisch dagegen wechseln bei gegebener Wahlfreiheit wie in Deutschland fast ausschließlich wiederum die ‚guten Risiken‘ – die weniger Gebildeten, die chronisch Kranken, die Älteren, die Ärmeren nehmen diese Möglichkeit kaum wahr. Im Gefolge sammeln sich die ‚schlechten Risiken‘ bei bestimmten Krankenkassen bzw. Ärzten bzw. HMO's – die Schere zwischen arm und reich öffnet sich dadurch weiter, spontan ergeben sich Tendenzen zur Mehrklassenmedizin.

Gewiss: Wir brauchen neue Steuerungsformen im Gesundheitswesen, staatlich gut regulierter und verlässlich überwachter Wettbewerb kann – im Verbund mit besserer Aus- und Fortbildung, wirksamen Anreizen zur Qualitätssicherung und neuen Versorgungsformen – ein Instrument unter vielen sein, um Qualität und Kosten im Gesundheitswesen zu verbessern. Für sich genommen aber steht wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Kassen, Ärzten und Krankenhäusern in direktem Widerspruch zum sozialpolitischen Auftrag der Solidarität und der Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen.

## EFFIZIENZ AM KRANKHEITSMARKT

Von Daniel Kreutz

„Mehr Effizienz“ fordert die Politik vom Gesundheitswesen. Der Abbau von Unwirtschaftlichkeiten müsse das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbessern. Dazu verordnet die rot-schwarz-gelb-grüne Regenbogenkoalition „mehr Markt und mehr Wettbewerb“ in der Patientenversorgung. Nachdem die Wandlung der Krankenhäuser zu konkurrierenden Wirtschaftsunternehmen mit der Einführung der Fallpauschalen-„Preise“ abgeschlossen ist, will die Bundesgesundheitsministerin jetzt die ambulante ärztliche Versorgung ebenfalls in den fallpauschalen Preiswettbewerb schicken. Die Krankenkassen – die „Kunden“ am neuen Praxen-Markt – sollen nach Preisvergleich einzeln einkaufen können, was sie

zur Versorgung ihrer Versicherten brauchen.

Dass es Unwirtschaftlichkeiten und Über-, Unter- und Fehlversorgung in nicht unerheblichem Umfang gibt, ist unbestreitbar. Die Versicherten haben ein Recht darauf, dass ihre Beiträge nicht für Überflüssiges oder gar Schädliches verpulvert werden, während es anderswo an Leistungen und Qualität mangelt.

Deshalb fordert Attac die Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven dort, wo sie am längsten bekannt, am besten begutachtet und beziffert sind und mit den geringsten Qualitätsrisiken zu heben wären: im Pharmamarkt. Da aber stoßen wir auf die erste Merkwürdigkeit der herrschenden „Effizienzdebatte“. Die sonst am lautesten nach „mehr Effizienz“ rufen, sind zugleich diejenigen, die die Positivliste, die konsequente Verordnung wirkungsgleicher kostengünstiger Medikamente (Generika) und den Reimport billigerer gleicher Mittel aus dem Ausland seit Jahren blockieren, weil dann der Untergang des Pharmastandorts Deutschland drohe.

#### Optimierung der Versorgungsqualität statt Renditemaximierung

Auf die zweite Merkwürdigkeit stößt man, wenn man nach den Ursachen von Unwirtschaftlichkeiten fragt. Über-, Unter- und Fehlversorgung entstehen, wenn sich ökonomische Interessen von Gesundheitsdienstleistern vom Versorgungsauftrag für die Individualität des Einzelfalls abkoppeln und verselbständigen. Wenn etwa neben die Frage „Welche Leistungen braucht meine Patientin?“ die Frage tritt: „Welche Leistungen braucht die Amortisierung meines Geräteparks?“

Dem mit weiterer Verstärkung ökonomischer Steuerungsinstrumente wie Preiswettbewerb am Markt beikommen zu wollen, kommt der sprichwörtlichen Teufelsaustreibung mit Beelzebub gleich. Monetäre Steuerungsinstrumente mögen monetäre Ergebnisse erzielen. Für Fragen der Qualität sind sie jedoch blind. Sie akzeptieren auch, wenn „Wettbewerbsfähigkeit“ von Anbietern und Kostensenkung für die Kassen durch Einsparungen bei sinnvollen und notwendigen Leistungen erreicht wird.

### **Ironie der Entwicklungspolitik: Im Norden soll durchgesetzt werden, was im Süden schon gang und gäbe ist NACHHOLENDE ENTWICKLUNG – UMGEKEHRT**

Bis in die 80er Jahre war „nachholende Entwicklung“ das offizielle Ziel von „Entwicklungspolitik“: Irgendwann einmal sollten alle Menschen wenigstens über die in Europa durchgesetzten sozialen Rechte und materiellen Sicherungen verfügen. Ein zentraler Fokus sollte der Zugang zu Gesundheit sein – schließlich ist das „Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ formell ein überall gültiges Menschenrecht.

**Von Thomas Seibert**

In der „Deklaration von Alma Ata“ (1978) versteht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) darunter einen „Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens, nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Behinderung (...). Das Erreichen des bestmöglichen Gesundheitszustandes stellt weltweit ein herausragendes soziales Ziel

dar, zu dessen Verwirklichung der Einsatz vieler anderer sozialer und ökonomischer Bereiche zusammen mit dem Gesundheitssektor erforderlich ist.“

Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung ist von dieser konkreten Utopie kaum mehr als das Papier geblieben, auf dem sie niedergeschrieben wurde. Die Ironie der Entwicklungspolitik allerdings besteht darin, dass das Ziel „nachholender Entwicklung“ nicht aufgegeben wurde. Nur soll im Zuge des überall an die „Reform“ sozialer Rechte und Sicherungen gebundenen „Standortwettbewerbs“ nicht mehr der globale Süden Anschluss an den Norden finden, sondern umgekehrt im Norden nachgeholt werden, was im Süden längst gang und gäbe ist. Die Umkehr der Entwicklungsdynamik nahm ihren Ausgang in Chile. Hier stürzte am 11. September 1973 ein Militärputsch die demokratisch gewählte Linkskoalition des Präsidenten Allende. Der Diktator Pinochet zwang dem Land dann ein „Entwicklungsmodell“ auf, das weltweit zum Exportschlager wurde. Was im letzten Jahr mit der „Rentenreform“ begonnen und nach der Bundestagswahl mit der „Reform“ der gesetzlichen Krankenversicherung fortgesetzt werden soll, ist ein Musterbeispiel „nachholender Entwicklung“ in Sachen Neoliberalismus.

In Chile wurden schon 1981 kaum regulierte private Krankenkassen (Instituciones de Salud Previsional, ISAPre) zugelassen. Ca. 25 % der ChilenInnen zahlen derzeit Beiträge in solche Kassen. Alle zwölf Monate dürfen die ISAPres ihre „Gesundheitspläne“ an die Marktbedingungen – und an den individuellen Gesundheitszustand der Versicherten – anpassen. Wer die Beitragserhöhung nicht hinnehmen will oder kann, muss gehen oder sich mit Minderversorgung abfinden. Mit steigendem Alter reduziert sich die vielgepriesene „Wahlfreiheit“ für immer mehr Versicherte auf die Rückkehr zur öffentlichen Kasse. Die kommt dann für die „Altlasten“ der Privatisierung und sowieso für die Nöte der Armen auf – obwohl sich deren Ressourcen seit Jahren schon um die Beiträge aller mindern, die (noch) privat versichert sind. Für den Chef des Verbandes der Privatversicherungen, Rene Merino, ist das kein Problem: „Die ISAPres sind für die Leute da, die es bezahlen können. Der Staat kann bei den Ärmsten, den Chancenlosen und Hilfsbedürftigen einspringen“ (vgl. *ila* 253, S. 8ff.). Bei den Erwerbslosen z.B.: die werden von „ihrer“ ISAPre noch drei Monate beitragsfrei mitgeschleppt, dann fliegen sie raus.

„Gesundheit ist keine Ware!“ ist deshalb zu Recht der Slogan der Kampagne, die sich der geplanten „Reform“ der Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland in den Weg stellen will. Das Solidarprinzip soll verteidigt, die Privatisierung abgewehrt werden. Jetzt schon verloren allerdings wird diese Anstrengung sein, wenn sie national begrenzt bleibt. Weil sich die Standortkonkurrenz stets am niedrigsten Niveau orientiert, das die „nachholende Entwicklung“ gerade erreicht hat, wird sich demnächst schon zu den Verlierern zählen müssen, wer nur retten will, worüber er bis jetzt noch verfügt: Jeder „Standortvorteil“ wird auf Kosten der anderen, und am eigenen Standort immer auf Kosten der „Minderbegünstigten“ errungen. Unter den Bedingungen der Globalisierung kann das Solidarprinzip deshalb nur global durchgesetzt werden – oder gar nicht. Deshalb beteiligt sich medico international als entwicklungspolitische NRO an der Kampagne zur Verteidigung des Solidarprinzips in Deutschland. Beteiligen sich im Gegenzug deutsche Gewerkschaften, Gewerkschaftsjugend und Attac an der politischen und materiellen Solidarität mit Initiativen, Projekten und Bewegungen, die im globalen Süden für das Menschenrecht auf Gesundheit streiten, kann die Ironie der Entwicklungspolitik eine befreiende Wende nehmen.

## NEBENWIRKUNGEN UND SPÄTFOLGEN

Von Tobias Michel

Krankenhausbeschäftigte können nur ahnen, was ihnen nach der Privatisierung blüht. „Sonst wird privatisiert!“ – Die oft wiederholte Drohung allein wirkt schon, lange bevor die Warnmeldung durch die Stationsflure weitergegeben wird: Die ersten Manager der privaten Klinikbetreiber wurden mittags in der Cafeteria gesehen. Es wird ernst.

Die Beschäftigten im Krankenhaus, Krankenschwestern und Sekretärinnen, Küchenhilfen und Ärzte, sie bekommen, wenn die Privatisierung ansteht, die verbalen Beruhigungsmittel gleich in der großen Anstaltspackung verteilt: Die Einkommen werden nicht angetastet, die Arbeitsverträge gehen unbeschadet über, alle Umstrukturierungsgerüchte sind nur Spekulationen, die ungeheure Finanzkraft hinter der privaten Finanzkette bietet doch auch Chancen für alle...Die betriebliche Interessenvertretung ist oft schon zufrieden, wenn an die Sicherung der Altersversorgung oder an einen zweijährigen Kündigungsschutz gedacht wurde.

Doch so grundlos sind die Befürchtungen der Beschäftigten nicht. Die Manager der Privaten kennen die Gesetze des Marktes. Und sie wenden ihre Erfolgsrezepte aus der Industrie und den Finanzbörsen nun im Krankenhausalltag an.

Unbestreitbar gibt es bei dieser Privatisierung auch Gewinner, jedoch seitens auf der Seite der Beschäftigten. Die ersten Schnitte drohen überraschenderweise Chef- und Oberärzten, welche traditionell die besserverdienenden „Kunden“ noch nebenbei ein zweites Mal zur Kasse bitten. Für diese „Privatliquidation“ ihrer gutbezahlten Spitzenkräfte haben die privaten Eigentümer weit weniger Toleranz als städtische oder kirchliche Klinikträger.

Der nächste Schnitt setzt oft bei der Ausbildung an. Es ist tatsächlich viel billiger, frisch examinierte Fachkräfte aus dem Nachbarbetrieb oder aus dem Ausland anzuwerben, als selbst in die Zukunft zu investieren. Was so in betriebswirtschaftlicher Teilvernunft wurzelt, droht in den kommenden Jahren als verheerender Personalnotstand gesamtgesellschaftlich zurückzuschlagen.

Die Privaten rühmen sich, den Personalkostenanteil in der Klinikbilanz, rund zwei Drittel des Krankenhausbudgets, drastisch zu senken. In der Industrie gelingt dies durch Investitionen in moderne Maschinen, die Arbeitsplätze auf Dauer billiger ersetzen. Doch im Krankenhaus stoßen die Visionen von Pflegerobotern, Internetärzten und Automatenrestaurants rasch an die rauen Grenzen der Realität. Patienten und Personal versperren sich hartnäckig der industriellen Standardisierung. Stattdessen gliedern die Privaten rigoros nacheinander Funktionen an Fremdbetriebe aus und verwandeln so die eigenen Personal- in Sachkosten. Für etliche Beschäftigte stellt sich der Betriebsübergang – noch im Schutz des Belegschaftskollektiv – an den privaten Betreiber als kurzer Durchgang heraus. Bei der Service-GmbH oder Therapeuten-Tochter angekommen schlagen sie sich dann mit dem immer absurder werdenden Zuständigkeitsgerangel und Verantwortlichkeitswirrwarr herum. Neben der sinkenden Arbeitszufriedenheit wegen mangelnder Qualität belastet die gestiegene soziale Unsicherheit die Betroffenen.

Selbst die Zusage, der BAT gelte weiterhin, wird allzu bald brüchig. Oft gelten die Tariffassungen zum Zeitpunkt des Übergangs an den privaten Träger fort und koppeln die Belegschaft so von der gemeinsamen tariflichen Fortentwicklung ab. Kolleginnen, die nun neu im Betrieb einsteigen, leisten unversehens die Arbeit der Altgedienten deutlich billiger. Der Druck wächst.

hart gefesselt, dass die Narben noch sichtbar waren. Sie mussten mit verbundenen Augen ausharren und wurden nicht auf die Toilette gelassen. Später wurden sie einige Kilometer vor Jenin ausgesetzt, ihnen wurde absolut verboten, das Dorf jemals wieder zu betreten; sie kamen in die Dörfer ohne die mindeste Nachricht von ihren Familien.

Einige von ihnen tragen die Zeichen von Misshandlungen am Körper. Ein junger Mann von 15 Jahren sagt, er habe eine Massenexekution mit angesehen und viele Leichen auf den Straßen. Ein 38-jähriger Vater von vier Kindern erzählt, er sei zwei Tage lang als menschlicher Schild von israelischen Soldaten vor ihnen hergetrieben worden; er musste als erster die Häuser und engen Gassen betreten, um die Soldaten zu „schützen“. In diesen zwei Tagen hat er erlebt, wie vier junge Menschen erschossen wurden, weil sie weiße Fahnen trugen.

### Ramallah

Das Krankenhaus befindet sich am Eingang der Stadt. Panzer sieht man keine mehr, ein paar Kinder spielen auf der Straße, nur wenige Erwachsene wagen sich nach draußen. Die Ausgangssperre ist noch nicht aufgehoben. Jeder Gang auf die Straße strikt verboten. Die Delegation diskutiert über die Möglichkeit, eine Demonstration zu machen. Drei Fernsteams sind bereit, uns zu begleiten, und Colin Powell ist gerade in Israel eingeflogen: ein Versuch scheint uns möglich.

Wir besorgen uns weiße Fahnen und ziehen los. Es ist ein langsamer Marsch, wir wollen unsere friedlichen Absichten unterstreichen, werden aber auch mehrfach angehalten, zum erstenmal einige hundert Meter in Sichtweite des Krankenhauses, wohin wir eine ältere Dame begleiten, die Angst hat, allein dorthin zu gehen.

Nach ein paar hundert Metern kommen wir ins Zentrum. Da ist kein Hund auf der Straße, buchstäblich. Die Stadt macht einen völlig verlassenen Eindruck, aber wir wissen, dass die Bewohner alle da sind, versteckt hinter heruntergelassenen Eisengittern. Die Stimmung ist beklemmend. Auf dem Platz im Zentrum stehen Panzer, einige Soldaten halten uns in Schach. Die Delegation zieht weiter zum Präsidentenpalast, etwa ein Kilometer entfernt; es ist schon ein Wunder, dass wir so weit gekommen sind. Aber das Wunder ist bald zu Ende. Soldaten rücken in einem Panzer an und stoppen uns. Wir verhandeln um ein Treffen mit unseren Freunden, ohne Erfolg. Wir kehren ins Krankenhaus zurück und hören Schüsse und

den Einschlag einer Granate aus einem anderen Stadtteil. Stunden später erfahren wir, dass ein Jugendlicher an dem Morgen erschossen wurde.

Am nächsten Tag trifft sich ein breites Bündnis aus israelischen und arabischen Aktivisten, die über die breite Zufahrtsstraße vor dem Eingang zum Lager in Dschenin demonstrieren und dabei mehrere LKW mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Decken begleiten.

Die Demonstration ist ein großer Erfolg: 3000 Leute haben sich ihr angeschlossen, aus verschiedenen Städten Israels. An der Spitze des Zuges sind junge Araber, sie sind sehr aufgeregt und wollen die Gelegenheit unbedingt nutzen, ihre Verwandten wiederzusehen. Es folgt ein bunter Zug von Pazifisten, verschiedenen linken politischen Gruppen und vielen jungen Leuten. Eine kleine Gruppe Jugendlicher hat sich gebildet, sie tragen T-Shirts mit einem gelben Stern und der Inschrift „Palästinenser“. Sie erklären uns, sie hätten sich zusammengetan, als sie erfahren haben, dass vor etwa zehn Tagen ausländische Besucher der Ausgangssperre getrotzt und in Ramallah demonstriert hätten. Wir konnten die Wirkung solcher Aktionen auch in Ostjerusalem spüren, Passanten auf der Straße wussten, dass es in Ramallah Demonstrationen gegeben hatte.

Die Soldaten versuchen, die Demonstration mit einem Jeep und ein paar Mann zu stoppen. Wir sind aber zu viele, sie lassen uns durch. Wenige Kilometer weiter, beim offiziellen Checkpoint vor Jenin, werden wir angehalten. Nach Verhandlungen sichern die Soldaten zu, die Lastwagen passieren zu lassen, wenn die Demonstration sich auflöst. Am nächsten Morgen erfahren wir, dass nur sechs von ihnen ins Lager gelassen wurden, sie mussten ihre Ware in großer Entfernung davon entladen, ohne zu wissen, ob sie je ihre Adressaten erreichen wird.

Den Abschluss bildet ein Treffen mit Pazifisten in Tel Aviv. Dort gibt es ein sehr aktives Team von Indymedia, das eine Zeitung herausgibt und auf dem Internet Videos und Radiosendungen veröffentlicht. Wir diskutieren über Möglichkeiten, Informationen auszutauschen und die Zusammenarbeit zu festigen. Danach noch eine Pressekonferenz; dann fliegen wir mit sieben Teilnehmern einer Friedensdelegation zurück, die gerade aus Israel ausgewiesen wurden.

Christophe Aguiton (aus: SoZ Nr. 5/Mai 2002)

**Beitrag des AFB zum 1. Mai 2002**  
**BUSH UND SHARON:**  
**ACHSE DES (STAATS)TERRORISMUS**  
**Stoppt die Kriegstreiber !**



**Kolleginnen und Kollegen ,**

der diesjährige 1. Mai steht ganz im Zeichen von Krieg und Terror.

Bislang gingen viele Menschen davon aus, dass mit Usama Bin Laden und seinen Leuten weltweit die Gefahr des Terrors entstanden sei – angesichts der jüngsten Ereignisse müssen wir diese Sichtweise ändern :

Wenn George W. Bush von einer „Achse des Terrors“ spricht und damit die Länder Irak, Iran und Nordkorea ins Visier nimmt, wird deutlich, dass die USA weitere Kriege in der Welt vorbereiten, um ihre Interessen zur Beherrschung der ganzen Welt durchzusetzen.

Wenn Ariel Sharon, der israelische Ministerpräsident, Krieg gegen das palästinensische Volk führt, wird deutlich, dass er keinen Frieden will und den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat nicht zuerkennt.

Niemand leugnet, dass es Aktionen durch einzelne terroristische Gruppen auf der ganzen Welt gibt, die zu grausamen Verbrechen wie jüngst in Djerba in der Lage und denen Menschenleben nichts wert sind, weder ihr eigenes noch das anderer.

Aber kein ehrlicher Mensch kann mehr darüber hinwegsehen, dass der Staatsterrorismus der USA und seiner Vasallen wie Sharon und anderer diesen Terror nur zum Vorwand nimmt, um die eigenen Interessen mit genauso (staats) terroristischen Mitteln durchzusetzen.

Es ist nicht angemessen und es ist nicht zu dulden, wenn durch den Bombenkrieg der USA in Afghanistan inzwischen unter der Zivilbevölkerung mehr Opfer zu beklagen sind als das Attentat auf das Tradecenter am 11. September verursachte.

Es ist nicht zu vertreten, auch nicht im Hinblick auf die Opfer des Judentums durch das Nazi-Regime, dass, als Antwort auf die palästinensischen Selbstmordanschläge, die Existenzberechtigung des palästinensischen Volkes und sein Recht auf einen eigenen Staat in Frage gestellt und der gesamte Nahe Osten in einen blutigen Krieg zwischen den Völkern gestürzt wird.

**Wir sind aufgerufen, Partei zu ergreifen !**

Deutschland ist keine Insel des Friedens innerhalb dieser Auseinandersetzungen – auch das ist eine Folge der weltweiten globalen Ausdehnung imperialistischer Politik, die heute meist Globalisierung genannt wird.

Die deutsche Regierung nutzt ähnlich wie Bush und Sharon das Stichwort Terror, um ihre eigene Kriegspolitik zu rechtfertigen.

Aber wenn in Zukunft unter deutscher Führung eine Seestreitmacht am Horn von Afrika anderen Staaten diktiert, was sie zu tun und zu lassen haben, wenn deutsche Truppen in Afghanistan dafür sorgen, dass die dortige Regierung eine pro-imperialistische Politik betreibt, wenn die deutsche Bundeswehr mit großer Selbstverständlichkeit in Zukunft Kriegseinsätze in aller Welt durchführen soll und dafür eine gewaltige Aufrüstung durchgesetzt wird, so ist das alles nicht mehr durch das Stichwort „Terror“ zu rechtfertigen oder zu erklären.

In Wirklichkeit geht es um die Absicherung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, vor allem an der ungestörten Ausbeutung der Weltressourcen, und zwar keineswegs nur des Erdöls, sondern auch des Wassers, der Infrastrukturen, des technischen Wissens und der militärischen Potentiale. Im Grunde bringt die weltweite imperialistische Globalisierung die Tatsache nur deutlicher zutage, dass der Imperialismus allen anderen Staaten vollständig diktieren will, wie sie zu handeln, was sie zu liefern und wann seine Bewohner zu sterben haben.

Eine solche Weltordnung müssen wir gemeinsam bekämpfen, und dazu rufen wir Euch am diesjährigen 1. Mai auf.

**Krieg und Staatsterror können nicht ‚gerecht gestaltet‘ werden**

Wer angesichts dieser Politik von Bush und Sharon von einer ‚gerechten‘ Gestaltung der ‚Globalisierung‘ redet, macht die Augen zu vor der Wirklichkeit.

Die heutige USA-Politik schert sich einen Teufel um internationale Abkommen und Verträge, wie die Aufkündigung des ABM-Vertrages, die Ablehnung des Weltklimaabkommen und die Ablehnung des internationalen Gerichtshofes durch die USA beweisen.

Bush hat in aller Offenheit verkündet, dass er in Zukunft Atomwaffen einsetzen wird, wenn beispielsweise herkömmliche Vernichtungswaffen wie die gewaltige Militärmaschinerie im Afghanistankrieg nicht mehr ausreichen, um einen Gegner niederzurufen. Das könnte im Falle des Irak zum ersten Mal Wirklichkeit werden, denn das irakische Regime ist nicht vergleichbar mit dem mittelalterlichen Herrschaftsmodell der afghanischen Taliban.

Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen, die einer solchen Politik nicht mehr bedingungslos zu folgen bereit sind.

Die deutsche Regierung muss zu einem Ende ihrer im Windschatten der USA begonnenen abenteuerlichen Kriegspolitik gezwungen werden .

Das sind unsere Forderung am diesjährigen 1. Mai.

**Stoppt die Kriegstreiber !****Zurück zu einer Politik des Ausgleichs und der Verhandlungen !****Deutsche Truppen zurück in die Heimat !****Solidarität mit dem den Völkern Palästinas und Israels !****Kommt alle zur Großdemonstration gegen den Bush-Besuch am 21. Mai in Berlin !****Wolfgang English, Antifaschistischer Bund (AFB)**

## ERFOLGREICHE ANTIFASCHISTISCHE AKTIONEN AM 1. MAI

### FRANKFURT

Die Antifaschistinnen und Antifaschisten haben am 1. Mai in Frankfurt einen wichtigen Sieg erkämpft. Der angekündigte Nazi-Aufmarsch Hunderter gewaltbereiter Neonazis wurde durch einen gemeinsamen Einsatz von 2000-3000 GegendemonstrantInnen vor Ort und um Fechenheim, durch die Kooperation mit dem DGB für den Bereich der Innenstadt und in punktueller Absprache mit der Polizei im Wesentlichen erfolgreich verhindert.

„Dr. Goebbels spricht leider nicht. Es sprechen aber die Redner des Nationalen Widerstands. Heraus zur Großdemonstration am 1. Mai!“ hatten die sich selbst als Nationalsozialisten bezeichnenden Neonazis auf Plakaten in der Frankfurter Innenstadt großmäulig angekündigt. Was Joseph Goebbels an seinem Fensterplatz in der Hölle zu der kläglichen Vorstellung seiner Nachfolger am 1. Mai am S-Bahnhof Mainkur wohl gesagt hat, das können wir heute erfreulicherweise den Phantasien der „Redner des Nationalen Widerstands“ überlassen. Als Auswertung können wir festhalten:

1. Ein entscheidender Punkt für die Verhinderung des Naziaufmarsches in Fechenheim war die Situation vor Ort. Nachdem wir am 25. April endgültig Klarheit über die Demoroute in Fechenheim hatten, setzte sich die dortige ev. Kirchengemeinde von sich aus mit der Anti-Nazi-Koordination in Verbindung, um Gegenmaßnahmen zu beraten. Darauf folgten erste Absprachen und eine Flugblatt-Aktion am Samstag vor dem 1. Mai. Zwei Stadtteilversammlungen am 29. und 30. April konkretisierten diese Absprachen. Viele Menschen aus Fechenheim arbeiteten sehr schnell und eng mit uns „Frankfurtern“ der Anti-Nazi-

Bewegung in ihren verschiedenen Gruppierungen zusammen. Es gab keine Berührungängste oder Vorbehalte voreinander – erstaunlich angesichts der „veröffentlichten Meinung“, in der ständig vor linken Chats und Randalierern gewarnt wurde. Das war ein entscheidender Baustein für den Erfolg. Und es wird auch für die Zukunft wichtig sein, sich auf allen Seiten diese gemeinsame Erfahrung gut zu merken.

2. Eine weitere entscheidende Hilfe für den Erfolg kam von der IG Metall Frankfurt, die von Anfang an Mitglied der Anti-Nazi-Koordination ist. Im Büro der Frankfurter Verwaltungsstelle saßen mehrere erfahrene Kolleginnen und Kollegen sowie zwei Vertreter der Frankfurter Antifa. Hier liefen wohl die meisten Informationsstränge zusammen und es wurden Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeitet und vor Ort gegeben. Hier war auch der Arbeitsplatz eines Rechtsanwalts der Bunten Hilfe, der bereit stand, um nötigenfalls kurzfristig Rechtshilfe zu geben. An den Blockadepunkten in und um Fechenheim waren gerade von der IG Metall zahlreiche organisierte Kollegen anwesend. Auf dem Frankfurter Paulsplatz wurde ab 8 Uhr morgens ein Infopunkt eingerichtet, von dem aus über 1000 Menschen, die zur Verhinderung der Nazi-Demonstration gekommen waren, informiert und in zwei von der Jugendorganisation Die Falken organisierten Bussen nach Fechenheim gebracht wurden. Auch dieser Infopunkt war von IG Metall-Mitgliedern besetzt.
3. Aus unserer Sicht hat die Zusammenarbeit der verschiedenen Grup-

pierungen in der Frankfurter Anti-Nazi-Bewegung am 1. Mai eine neue Qualität erreicht, die wir hoch einschätzen. Bei völliger gegenseitiger Unabhängigkeit von Antifa, Autonomen und Anti-Nazi-Koordination in der Vorbereitung gab es doch spätestens ab Mitte März immer wieder gegenseitige Kontakte und Gespräche, die sich, wie der Erfolg zeigt, gelohnt haben. Entscheidend wichtig für den Erfolg war, dass es gelungen ist, alle Blockadepunkte vor Ort mit Mitgliedern des gesamten Spektrums der Anti-Nazi-Bewegung in Frankfurt zu besetzen. In der ersten Reihe des Blockadepunktes in Alt-Fechenheim standen alte Menschen aus dem Stadtteil (mit eigener biografischer Erfahrung von Verhaftungen aus der Zeit des Faschismus) neben Mitgliedern der Antifa, der beiden Fechenheimer Kirchengemeinden, MigrantInnen und Leuten aus der Anti-Nazi-Koordination nebeneinander. Es wäre für die Polizei faktisch und politisch sehr teuer geworden, diese am Schluss etwa 500köpfige Gruppe von Blockierern zu „räumen“. Mit dem Erreichen und Besetzen dieses Punktes Alt-Fechenheim/Am Gansbühl am Beginn der Nazi-Demonstrationsroute und in dieser Mischung aus Antifaschistinnen und Antifaschisten war damit bereits morgens um 6 Uhr ein wichtiger Bestandteil des späteren Erfolgs verwirklicht, der bis zum Schluss hielt.

Zu den Perspektiven der Anti-Nazi-Koordination in Frankfurt bleibt festzuhalten: Wir werden in dieser Richtung weiterarbeiten. Und wir kündigen den Nazi-Organisationen aller Richtungen schon heute an, dass sie nicht erst im kommenden Bundestagswahlkampf an keinem Ort, auf keiner Straße, in keinem Versammlungsraum in Frankfurt die Chance haben werden, sich von uns unbehelligt zu versammeln und ihre

braune Propaganda zu verbreiten.

### Anti-Nazi-Koordination Frankfurt

#### MANNHEIM

Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe und der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim setzten sich über das Verbot der Stadt Mannheim hinweg und machten es auch in diesem Jahr möglich: Die NPD durfte am 1. Mai in Mannheim wieder demonstrieren. Allerdings nicht in der Mannheimer Innenstadt, sondern in Mannheim-Seckenheim. Für Ludwigshafen entschieden die Gerichte ähnlich.

Wäre im Vorfeld der Veranstaltungen nicht so ein breiter Widerstand geknüpft worden, hätte die NPD mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Innenstadt demonstrieren dürfen. Die Gerichte aber meinten, man dürfe Veranstaltungen der NPD nicht grundsätzlich verbieten und müsse die Bereitschaft der Veranstalter anerkennen, über Alternativ-Routen zu diskutieren. Alle Plätze in Mannheim waren schon belegt, da die fast 50 Gruppen des „Mannheimer Bündnisses zum 1. Mai“ an diesem Termin Veranstaltungen angemeldet hatten, kam man auf den Rathausplatz in Seckenheim.

Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Protest gegen die NPD erschienen im Vorfeld nicht so günstig. Das Wetter war am Morgen sehr schlecht. Der Regen sorgte dafür, dass an der 1. Mai Demo des DGB sich dieses Jahr trotz Metallstreiks höchstens 1000 Leute beteiligten. Aber es war von vornherein klar und wurde von dem DGB-Regionvorsitzenden Nagel auch so vertreten: Der DGB verurteilt die Aufhebung des Verbots der NPD-Demonstrationen scharf und unterstützt den Widerstand dagegen. Für die meisten Gewerkschafter auf dem Marktplatz war klar: Wer nicht nach Ludwigshafen geht, geht dann auf jeden Fall nach Seckenheim.

In Seckenheim fanden sich bis 14 Uhr ca. 600 Antifaschisten ein. Zunächst war die evangelische Erlöserkirche der Treffpunkt. Der Pfarrer hatte das Gotteshaus zur Ver-

fügung gestellt. Dann aber besetzten die Menschen den Rathausplatz. Die Polizei, die vom Stuttgarter Innenministerium die Vorgabe hatte, das wusste man, dem „Druck der Straße“ diesmal nicht nachzugeben, brachte sich massiv in Stellung. Über Lautsprecher wurde angekündigt, dass notfalls der Platz geräumt werden müsse, damit die NPD ihre Kundgebung durchführen könne. Auch hier bewährte sich wieder das breite antifaschistische Bündnis, das von Gewerkschafter, VVNler, Friedensplenum, Schüler bis zu Autonomen ging. Die immer mehr werdenden Leute gingen nicht vom Platz herunter. U.a. sprachen Max Nagel, der Bundestagsabgeordnete der PDS, Winfried Wolf, und der Betriebsratsvorsitzende von Roche, Katzmarek, und der Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Mannheim, Dollmann, zu den Menschen. Dies alles trug dazu bei, dass die Polizei von ihrem Vorhaben Abstand nahm und stattdessen nur eine kleine Ecke des Rathausplatzes für die NPD abriegelte – dies allerdings sehr martialisch. Um 17 Uhr trafen ca. 200 NPDler mit starkem Polizeischutz verspätet ein. Sie kamen vom Seckenheimer Bahnhof und waren dieselben, die schon in Ludwigshafen ihr Unwesen trieben. Unter dem ohrenbetäubendem Lärm der Antifaschisten war allerdings von der NPD nichts zu hören. Die Glocken der Kirchen, die eigens dafür in Betrieb gesetzt wurden, taten ihr übriges.

Nach 20 Minuten traten die NPD-Faschisten ziemlich unverrichteter Dinge ihren Rückzug an. Die antifaschistische Gegenveranstaltung löste sich danach selbst auf.

scr

### LUDWIGSHAFEN

Seit Wochen mobilisierte die NPD im Internet für den 1. Mai nach Ludwigshafen. Für ihren Marsch durch die Stadt mit Kundgebung hatte sie ursprünglich den Ebertplatz angemeldet, wo traditionell jährlich die 1. Mai-Kundgebung des DGB stattfindet. Dieses Jahr sollte es die zentrale Veranstaltung des DGB in Rheinland-Pfalz werden. Der Auftritt des Ministerpräsidenten Kurt Beck

sollte dort stattfinden. Die NPD-Provokation wurde von der Stadt voraussehbar abgelehnt. Zahlreiche demokratische, gesellschaftliche und kirchliche Gruppen meldeten dann, wie in Mannheim auch, ca. 50 Veranstaltungen und Aktionen auf den Plätzen Ludwigshafens an. Erst wenige Tage vor dem 1. Mai reichte die NPD einen neuen Routenwunsch bei der Stadt ein. Dieses Mal hatte sie sich durchweg Stationen ausgesucht, die nach Opfern oder Widerstandskämpfern gegen das Dritte Reich benannt waren, z.B. die Anne-Frank-Realschule oder den Dieterle-Platz, benannt nach dem antifaschistischen Regisseur. Ordnungsdezernent Zeiser war empört, hier gehe es eindeutig um Verhöhnung der Opfer und nicht um ein demokratisches Demonstrationsrecht. Dies möge das Gericht bedenken. Die Stadt verbot den Aufmarsch und das Verwaltungsgericht Neustadt hob das Verbot, wie in den vergangenen Jahren auch, auf. Zuvor schon hatten sich der DGB und die Einzelgewerkschaften glücklicherweise dazu durchgerungen, ihre Maiveranstaltungen zu straffen und rechtzeitig danach am Bahnhof Ludwigshafen, am Ankunftsort und Aufmarschplatz der NPD, einzutreffen, schließlich wolle man nicht nur verbaler Antifaschist sein. Um die Gewerkschafter schnell zum Bahnhof zu bringen, wurden auch Busse eingesetzt. Dies war ein Novum in Ludwigshafen.

Das „Netzwerk gegen rechte Gewalt und Rassismus“, in dem 42 Einzelorganisationen von der CDU, SPD, evangelische und Katholische Arbeitnehmer, zahlreiche Jugend- und Schülerorganisationen, der Verband Sinti und Roma, Rat für Kriminalitätsverhütung, Frauengruppen, antifaschistische und marxistische Gruppen, freireligiöse und soziale Vereine zusammengeschlossen waren, rief zu einer Kundgebung vor dem Hauptbahnhof auf. Bis gegen 12 Uhr war der Ludwigshafener Hauptbahnhof beidseitig durch Gegner der Nazis von beiden Seiten des Rhein blockiert. Die neu gewählte CDU-Oberbürgermeisterin Lohse sprach. Die Polizei, obwohl sehr zahlreich vertreten –

der „größte Einsatz dieses Jahres“ – verzichtete darauf, der NPD ein Durchkommen zu erkämpfen. Die Burschen wurden in den Zug nach Ludwigshafen-Mundenheim gesetzt, einem kleinen Stadtteil, wo sie von geballter Präsenz begleitet ausstiegen, einen Zug von ca. 250 meist jungen männlichen Glatzköpfen formten und für ca. 20 Minuten durch den Stadtteil zogen und vor ein paar überraschten Mundenheimern eine Ansprache durch ihre Anlage brüllten, begleitet von Protesten einer anwachsenden Zahl von Antifaschisten und Gewerkschaftern, die nachgekommen waren. Entscheidend jedoch ist, dass es der NPD nicht gelungen ist, durch die Ludwigshafener Innenstadt zu ziehen.

**Frr**

### DRESDEN

Um es klar und deutlich voranzustellen: Ja, es war kein erfolgreicher 1. Mai in Dresden für die aus allen Himmelsrichtungen angereisten Nazis. Rund 900 RechtsextremistInnen versammelten sich am sehr späten Vormittag auf dem Postplatz vor dem mit Anti-Nazi-Parolen beflaggten Schauspielhaus. Zuvor hatten sich ca. 150 Nazis vor dem Dresden-Neustädter Bahnhof zusammengerottet und waren in Demonstrationenform durch die Stadt gezogen. Weil ihnen ihr Weg immer wieder durch Antifa-Sitzblockaden verbaut war, eskortierten die Polizeikräfte die Nazis mit einigen Umwegen schließlich zum Versammlungsort, unter ständiger aktiver Begleitung durch Antifa-Gruppen. Mit großer Verspätung, der angekündigte Marschbeginn von 11.30 Uhr war weit überschritten, formierte sich schließlich die Nazi-Demonstration. Voran der Lautsprecherwagen aus dem Fuhrpark der „Deutschen Stimme“ in Riesa, der während der gesamten Demonstration durch ständige Technikausfälle glänzte. Als Versammlungsleiter fungierte wie im Vorjahr der sächsische NPD-Kader Matthias Paul. Im Demonstrationzug marschierten als ‚freier Block‘ angekündigt: „Freie Nationalisten Magdeburg“, „Freie Nationalisten Dessau“, „

Freie nationale AktivistInnen in der Oberlausitz“ sowie „Thüringer Heimatschutz“ Gleichfalls zur Demo angereist waren einige Nazis aus Österreich.

Auf ihrem Demonstrationzug wurden die rund 900 Nazis mehrmals durch Sitzblockaden gestoppt. Seriöse Schätzungen gehen von ca. 1200 aktiven Antifas an diesem 1. Mai in Dresden aus. An einem Punkt der Demonstration sahen sich die Rechtsextremisten unvermittelt einer Sitzblockade von rund 400 Antifas gegenüber. Kein Durchkommen. Verhandlungen mit der Ordnungsbehörde werden geführt.

Die Polizei gibt bekannt, dass sie wegen der großen Anzahl von GegendemonstrantInnen nicht beabsichtigt, diese Blockade zu räumen. Die Nazi-Demo steht und steht und steht. Das Frontrtransparent, andere Transparente flattern zu Boden. Stillstand. Fast schon Auflösungserscheinungen bei den Rechtsextremisten. Die Nazi-Demo kehrt um. Höllen-Antifa-Lärm. Polizeipferde gehen durch. Völlig grundlos und unvermittelt gehen in diesem Augenblick Greiftruppen der Polizei in die Antifa-Blockade. Mehrere Festnahmen, Blut fließt, Sanitätsdienste werden verweigert, Pressearbeit behindert.

Die festgenommenen Antifas werden, wie zum Schaulaufen, aufrecht in Richtung Nazi-Demo geschleift und gleichzeitig teilweise körperlich misshandelt. Nach diesem durch Antifa-Widerstand erzwungenen Abbruch der Nazi-Demo versammeln sich die Nazis schließlich auf dem schon jenseits der Stadtperipherie gelegenen Platz vor dem WorldTradeCenter zu ihrer Abschlusskundgebung, die eigentlich in der Innenstadt vorgesehen war. Die Öffentlichkeitswirkung ist weniger als Null. Udo Voigt geißelte das WorldTradeCenter, vor dem man ja jetzt gezwungen sei, die Abschlusskundgebung durchzuführen, als „Hort des Bösen“. Vielleicht hätte ihm mal irgendwer stecken sollen, dass im Dresdener WorldTradeCenter nur eine so genannte Einkaufsmeile ist, sonst nix weiter groß. „Wir kommen wieder!“ trompeteten die Na-

zis bei ihrem kläglichen Abmarsch, und fast niemand hat es gehört. Am 8. Mai will die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ durch Dresden marschieren.

#### ART Dresden

#### GELSENKIRCHEN

Am 1. Mai kam es im Park am Gelsenkirchen-Buerer Ehrenmal zu Übergriffen von Rechtsradikalen auf Jugendliche. Eine Gruppe von 30 bewaffneten Skinheads hielt sich am Rande des Geländes auf, wo etwa 300 Jugendliche feierten. Einzelne Besucher wurden überfallen. Sechs Jugendliche erlitten teilweise arge Verletzungen wie abgeschlagene Zähne, gebrochene Rippen und Prellungen am ganzen Körper. Ein Opfer wird vermutlich durch einen Hörsturz ein Leben lang an den Tag erinnert werden, ausgelöst durch den Schuss einer Gaspistole.

Zeugen erkannten einige der Täter, die sich häufig am Bueraner Busbahnhof aufhalten. Dort entstand in den letzten Jahren eine Szene aus Skinheads und rechtsgerichteten Jugendlichen. Seit Monaten werden im Umfeld des Verkehrsknotenpunktes andersdenkende Jugendliche bedroht und verprügelt.

Die Opfer des 1. Mai sind überwiegend eingeschüchtert. Nur zwei Einundzwanzigjährige erstatteten Anzeige wegen Körperverletzung.

Schwere Vorwürfe richtet die Antifa in Buer gegen die Polizei. Obwohl es Vorwarnungen gegeben habe, seien die Einsatzkräfte erst zwanzig Minuten nach Notrufen eingetroffen. Auf Hinweise im Vorfeld sei unzureichend reagiert worden.

Die Polizei weist die Vorwürfe zurück. Die Ereignisse am Maitag seien lediglich eine Auseinandersetzung zwischen Punkern und Skins gewesen.

**Thomas Stratmann**

#### RECKLINGHAUSEN

Wie jedes Jahr fanden sich wieder über 100 000 Menschen am 1. Mai auf dem Recklinghäuser Festspielhügel ein – allerdings nicht, um die Forderungen der Arbeiter-

bewegung zu vertreten, sondern um sich die – dieses Jahr spärlicheren – Sonnenstrahlen auf den Bauch scheinen zu lassen.

Zum zweiten mal fand daneben eine alternative Mai-Demonstration mit ca. 200 TeilnehmerInnen statt, organisiert von Vertretern von Einzelgewerkschaften, unterstützt von PDS, DKP und MLPD. Der DGB hatte zum zweiten Mal keine Demonstration, sondern nur eine Kundgebung auf dem Hügel ange-



AFB in Recklinghausen

meldet – an der allerdings mit kläglichen 150 Leuten in diesem Jahr des bisherige Tiefstand erreicht wurde.

Die dortigen Redner muss man namentlich nicht erwähnen, sie hatten es eilig, ihre Reden vorzulesen, in denen gebetmühlenartig die zentrale DGB-Parole wiedergekaut wurde: Man müsse die „Globalisierung gerecht gestalten, oder hieß sie sogar „gerechter gestalten“ ?

An politischen Initiativen waren in diesem Jahr nur noch drei mit Info-Ständen vertreten: amnesty international, das „alternative Kulturzentrum“ (akz) und der Antifaschistische Bund (AFB). – ach ja, und die DKP, die traditionell ihren Stand am Fuße des Hügel organisierte, dies Jahr ohne bürokratische Verhinderungsversuche seitens der Stadt Recklinghausen.

Bleibt als erfreuliches Fazit nur zu vermelden, dass die Redner auf der alternativen Demo mit klaren Worten gegen die Kriegspolitik der USA und Israels Stellung bezogen.

**Wolfgang Englisch (AFB)**

## ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION IN DORSTEN „talking is over..“

**Am 11. Mai 2002 versammelten sich in Dorsten im Kreis Recklinghausen 500-600 überwiegend junge Menschen, um gegen neofaschistische Umtriebe in dieser Kleinstadt am nördlichen Rande des Ruhrgebiets zu demonstrieren. Sie waren aus Bochum, Herne, Duisburg, Recklinghausen, Moers und natürlich aus Dorsten und Umgebung zusammengekommen, um ein Zeichen zu setzen, dass in ihrer Stadt die Welt doch nicht so in Ordnung sei, wie es die dortige Polizei und die Ämter der Stadt behaupten.**

„Möglichst groß“ und „möglichst laut“ sollte die Demonstration werden, und man wollte klar machen, dass nun gelte „talking is over – action is on“ – so hieß es in einem Flugblatt, das in den Wochen vorher im ganzen Ruhrgebiet verteilt worden war.

Über die Situation in Dorsten wird dort erklärt: „Angriffe auf antifaschistische Jugendliche und nichtdeutsche Menschen sind fast an der Tagesordnung. Am Wochenende treffen sich bei schönem Wetter bis zu 40 Neonazis am Busbahnhof und der gegenüber liegenden Esso-Tankstelle. Dieses Gebiet wird für Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, zur Gefahrenzone. Das Passieren des Bahnhofs kann, wie der Angriff auf einen Obdachlosen durch Dorstener Neonazis in der Neujahrsnacht 2000 zeigte, lebensgefährliche Konsequenzen haben. Die örtlichen Behörden reduzieren die rechte Szene auf „einige wenige rechts orientierte Jugendliche“, von einer Organisation könne nicht die Rede sein. Eine antifaschistische Info-Veranstaltung im Februar dieses Jahres bewies jedoch das Gegenteil. Mehr als 30 Neonazis aus Dorsten, Bochum, Gelsenkirchen und Marl versuchten, ausgerüstet mit Messern, einem Scanner zum Abhören des Polizeifunks und Schlagwerkzeugen, die Veranstaltung anzugreifen.“ Die „Antifajugend Dorsten“ kritisiert, dass örtliche Behörden die Neonazis unterstützen, aber die Antifas ausgrenzen. So würden sie beispielsweise von der Dorstener Lokalpolitikerin Ursula Jakoby als „verlorene Jugendliche“ bezeichnet, denen jeder politische Anspruch abgesprochen werde. Dass dieser Vorwurf aus der Luft gegriffen ist, beweist schon ein weiterer Blick in das Flugblatt der „Antifajugend Dorsten“. Dort heißt es weiter: „und wogegen wir demonstrieren?“

Die Demo soll sich natürlich in erster Linie gegen die Dorstener Neonazis wenden. Allerdings wollen wir auch ein Zeichen gegen ihre Wegbereiter set-

zen, ein Zeichen gegen den Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus jeglicher Art.

Im Zuge des von Bundeskanzler Schröder im Sommer 2000 initiierten „Aufstand der Anständigen“ sollte das durch rassistisch und antisemitisch motivierte Morde beschmutzte Bild Deutschlands in der Weltöffentlichkeit wieder gereinigt werden. Zahlreiche Initiativen wurden gestartet, in diesem Zusammenhang zeigte auch die Stadt Dorsten Flagge und präsentierte sich als „weltoffen und tolerant“. Hinter den Kulissen des Aufstands der Anständigen spielt sich jedoch weiterhin der rassistische Alltag ab. Nach wie vor werden Menschen nach ihrer Herkunft und Verwendbarkeit selektiert und in Hunger, Folter und Tod abgeschoben. Auch in Dorsten drohte der aus Kongo stammenden Familie Mfebe dieses Schicksal, es konnte nur durch die Flucht ins Kirchenasyl verhindert werden.“

Dies sind sehr wohl klare politische Aussagen, allerdings passen sie wohl nicht in das Kalkül der angeblich so „weltoffenen“ Stadt Dorsten.

Auch die bei der Demonstration eingesetzte Polizei zeigte sich kein bisschen „weltoffen“, benahm sich vielmehr kleinlich-provinziell und versuchte anfangs, die Demonstration erst gar nicht losmarschieren zu lassen, da angeblich Auflagen (es waren zu wenig weiße Ordnerbinden zu sehen, eine Fahnenstange war länger als 2 m) nicht erfüllt waren. Zudem setzte der Einsatzleiter das Gerücht in die Welt, es sei eine Eisenstange mitgetragen worden.

Die provozierenden Verzögerungen rechtfertigte er damit, dass sich am 1. Mai ja auch die Rechtsradikalen „zum Teil bis auf die Unterhose ausziehen mussten“ – das passte wohl so manchem Kameraden bei der Polizei ganz und gar nicht, und deshalb musste man es „der Gegenseite“ ja auch mal ein bisschen zeigen.

AFB Recklinghausen

## Die alltägliche Gewalt der Nazis

## HERNER IMPRESSIONEN

**Herne ist wohl – direkt hinter Wanne – eine der ödesten Städte des Ruhrgebiets, insbesondere, was das Auftreten rechts orientierter Jugendcliquen betrifft, die durch ausländerfeindliche und rassistische Gewalt in Erscheinung treten.**

**Wer zudem als Punk, als Antifaschist oder als Linker erkennbar ist, kann sicher sein, dass er an bestimmten Orten in Herne von den Nazis durch verbale oder körperliche Gewalt attackiert wird. Und er kann auch so gut wie sicher sein, dass vor den Zuschauern keiner eingreift und keiner ihm zu Hilfe kommt – von Ausnahmen abgesehen.**

Mich persönlich nervt das ungeheuer – ich trage einen Aufnäher mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz – , ich will mir aber das Recht, meine Meinung öffentlich zu dokumentieren, von den oft dumm und hirnlos daherlauernden Nazis nicht nehmen lassen.

Vor kurzem hatte ich mal wieder ein „Erlebnis“ mit ihnen, das typisch für deren Auftreten ist, das aber auch deutlich macht, wie wenig es ein „Rezept“ dafür gibt, wie „mensch“/„frau“/„man“ sich in solchen Situationen verhalten soll.

Ich fuhr abends so ca. 21.30 Uhr allein mit dem Bus nach Haus. Zu dieser Uhrzeit setze ich mich nie nach hinten, auch nicht in die Mitte, ich setze mich nach vorne.

Ich stieg also ein, und sofort fielen mir die vier Nazis auf. Ich hatte den Bus kaum betreten und war an ihnen, die vorne saßen, vorbei gegangen, da wurde mir schon „Scheiß Antifaschist“ hinterher gerufen. Ich setzte mich dann in die Mitte und wurde von nun an permanent durch böse Blicke und Gelächter belästigt. Außerdem ließen sie dauernd irgendwelche blöden Sprüche über mich ab – ich war von nun an ihr „Opfer“. Ich hatte gehofft, dass die vier Haarlosen am HBF aussteigen würden, aber daraus wurde nichts. Ihr nächster Schritt war, dass sie sich hinter mich setzten, mir wurde mulmig und ich bekam Angst – denn mir war klar, dass diese Typen auch nicht davor zurückschreckten, mir Gewalt anzutun.

Die vier schrien nun laut Parolen durch den Bus: „Warum werden Antifaschisten unters Volk gelassen? Was tun sie für Deutschland“ und ähnlichen Schwachsinn.

Schließlich kam einer auf mich zu und wollte mir die Hand reichen, wozu ich aber keine Lust hatte. Einer von den Typen bedrängte mich, ich solle ihm die Hand geben, er würde schon nicht beißen. Nun, ich dachte, bevor sie ganz durchdrehen, gebe ich ihm lieber die Hand – wodurch er sich aber wohl er-

muntert fühlte, jetzt mit mir zu „diskutieren“. Er fragte mich, warum ich eine solche Einstellung (bezogen auf meinen Aufnäher mit dem durchgestrichenen Hakenkreuz) hätte.

Meine Antwort darauf war: „Ich glaube nicht, dass meine Einstellung Dich wirklich interessiert, und selbst wenn ich sie Dir erzählen würde, wozu mir die Lust fehlt, würden wir bis morgen hier sitzen.“

Er beharrte darauf, dass ich ihm dazu etwas erzähle, doch ich weigerte mich. Seine Kollegen bedrängten ihn nun, er solle doch „zur Vernunft“ kommen und nicht „mit solchen Leuten“ wie mir diskutieren.

Er kam ziemlich nah an mich heran und blies mir seinen Alkoholatem ins Gesicht. Das war mir unangenehm und störte mich extrem, was ich ihm durch Gesten klarzumachen versuchte.

Hinten saß noch ein einzelner Mann, der nun den Nazi aufforderte, mich in Ruhe zu lassen.

Schlagartig schenken die vier mir nun keine Aufmerksamkeit mehr, worüber ich natürlich sehr froh war, doch nun belästigten sie den Mann und wurden ihm gegenüber gewalttätig.

Ich ging daraufhin zum Fahrer des Busses und sagte, er solle etwas unternehmen.

Der unternahm auch was und schmiss die vier einfach raus – womit ich eigentlich fast nicht gerechnet hätte.

Die Spannung im Bus legte sich und nun fragten mich die anderen Busgäste, ob mir etwas passiert sei.

Das fand ich ganz nett, da man in solchen Situationen nicht immer auf Mitfahrende bauen kann.

Ich denke, in ähnlichen Situationen waren auch schon andere – wie würdet ihr Euch

verhalten? Ist es besser, laut zu protestieren, oder soll man lieber möglichst ruhig sein, um die Nazis nicht auch noch zu reizen?

Schreibt doch mal Eure Meinung!

Sabrina Pawlak

## STOPPT DIE KRIMINALISIERUNG DES KURDISCHEN VOLKES

Seitdem die USA nach dem 11. September 2001 eine Liste mit 28 Organisationen veröffentlichte, die als „terroristisch“ bezeichnet werden, scheint weltweit die Jagd freigegeben, jeden Widerstand, der den Herrschenden in den unterschiedlichsten Ländern nicht genehm ist, mit dem Etikett „Terrororganisation“ zu versehen.

Nun hat kürzlich die EU sich diesem Trend angeschlossen und auch die kurdische PKK, die türkische DHKP/C, die baskische ETA und die irische IRA zu „Terrororganisationen“ erklärt.

Zum Spektrum der von den USA des „Terrors“ bezichtigten Organisationen gehören u.a. die linkskatholische Befreiungsarmee Kolumbiens (ELN), die prokubanische FARC Kolumbiens, der „Leuchtende Pfad“ (Sendero Luminoso), Tupac Amaru (MRTA), die tamilische Organisation LTTE, der revolutionäre Volkskampf (ELA) und sämtliche palästinensischen Organisationen.

Es liegt auf der Hand, dass unter dem Vorwand des internationalen Kampfes gegen „Terror“ hier in erster Linie der Volkswiderstand in den verschiedenen Regionen der Welt beseitigt werden soll.

Insbesondere die Tatsache, dass die PKK – und damit auch ihre Nachfolgeorganisation KADEK – auf die Terrorliste gesetzt wurde, hat außerordentliche politische Bedeutung:

Zum einen wird damit die gesamte bisherige völkerrechtswidrige Politik des türkischen Staates, die Vertreibungen und die Zerstörung von über 4000 kurdischen Dörfern, das Verschwindenlassen und die Folter in den türkischen Knästen, im Nachhinein für legitim erklärt. Zum anderen wird mit einem Federstrich darüber hinweggegangen, dass die PKK seit mehreren Jahren keinerlei bewaffnete Aktionen mehr durchführte – wobei auch der frühere Kampf keineswegs mit dem Attribut „terroristisch“ gekennzeichnet werden darf – und sich konsequent für Frieden und Demokratie in der Türkei einsetzte.

Zum dritten werden alle Urteile für nichtig erklärt, in denen durch internationale Gerichtshöfe die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei geahndet worden sind.

Zum vierten wird die breite internationale demokratische Öffentlichkeit, die die gerechten Ziele des kurdischen Volkes unterstützt, gleich mit unter Generalverdacht gestellt.

Um die Rücknahme dieser Maßnahmen der EU zu

fordern, sammeln wir Unterschriften unter folgender Protesterklärung:

*„Wir protestieren auf das Schärfste gegen die Aufnahme der PKK in die europäische „Liste terroristischer Organisationen“. Mit diesem Vorgehen werden die kurdischen Bemühungen für Frieden und Demokratie massiv behindert und kurdische Organisationen kriminalisiert.*

*Wie Sie wissen, hat die kurdische Befreiungsbewegung vor mehr als drei Jahren ihren bewaffneten Kampf eingestellt. Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) beschreitet seitdem eine demokratische Linie, mit der sich die meisten Kurden und Kurdinnen identifizieren. Nach der Beendigung des bewaffneten Widerstands und der Intensivierung demokratischer und politischer Aktivitäten wurde auf dem letzten Parteikongress die Auflösung der PKK beschlossen. Im Anschluss daran kam es zur Gründung des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK), der einen ausschließlich friedlichen, demokratischen und politischen Weg verfolgt und dessen Ziel eine friedliche, demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage ist. Trotz aller konkreten Schritte werden die Bemühungen der kurdischen Seite nicht anerkannt.*

*Wir verurteilen die Aufnahme der PKK in die „Liste der terroristischen Organisationen“ und betrachten diesen Schritt als eine Verleumdung unserer Forderung nach Frieden und Anerkennung.*

**Schluss mit der Diskriminierung  
des kurdischen Volkes !**

**Schluss mit der Verleugnung  
der kurdischen Existenz !**

**Anerkennung der kurdischen Identität !“**

**Selahaddin Ekinici, Internationaler  
Freundschaftsverein Recklinghausen (IFV)**

## ALLES, WAS RECHTS IST

**Der Erfolg des Front National bei den französischen Präsidentschaftswahlen ist keine isolierte Erscheinung. In fast allen Ländern der Europäische Union – und auch in Ländern des ehemaligen Ostblocks, wie etwa in Ungarn – haben rechtsextreme Parteien Rückenwind. Dabei haben die Nachfolger der Faschisten fast über all eine Modernisierungsschub durchgemacht. Sie haben gelernt, gleichzeitig wirtschaftlichen Ultraliberalismus zu predigen und soziale Maßnahmen anzukündigen, und sie halten sich formal an die Grundregeln der Demokratie. Aber wie ihre Vorgänger setzen sie beharrlich auf „nationale Werte“ wie auf die Autoritätshörigkeit verunsicherter Bürger – und schüren die Xenophobie.**

### Von JEAN-YVES CAMUS

Der Erfolg von Jean-Marie Le Pen in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen hat die Frage nach dem ideologischen Charakter der nationalpopulistischen Gruppierungen erneut aktuell gemacht. Die Organisation der so genannten dritten Welle werden nicht nur von „antifaschistischen“ Aktionsgruppen, sondern auch von einschlägigen Experten den Bewegungen der traditionellen extremen Rechten und sogar den Faschisten zugerechnet (1). Zu Unrecht. Vielmehr ist das, was wir heute erleben, der Erfolg einer atypischen extremen Rechten, die sich vom Kult des starken Staates zugunsten ultraliberaler Auffassungen verabschiedet hat, vom Korporatismus zugunsten des freien Spiels der Marktkräfte und manchmal sogar vom Rahmen des Nationalstaates zugunsten regionaler oder rein lokaler Partikularinteressen. Zwar gibt es politische Gruppierungen, die sich unverändert auf autoritäre, faschistische und sogar nationalsozialistische Ideologien berufen, doch sind diese nicht zufällig Randerscheinungen.

Während umgekehrt gerade solche Parteien auf dem Vormarsch sind, die keinerlei Verbindung zum historisch-ideologischen Rechtsextremismus haben und in der Lage zu sein scheinen, Lösungen im Sinne eines geschlossenen politischen Programms anzubieten, das weitgehend konsensual und auf ein untraliberales Wirtschaftsmodell ausgerichtet ist.

Die militante, nationalsozialistische Ultrarechte stellt nirgends, nicht einmal in Deutschland, eine echte Bedrohung dar (2) – und zwar trotz der charismatischen Figur Horst Mahlers, des ehemaligen Anwalts und Mitglieds der RAF, der inzwischen einen geradezu zwanghaften Antisemitismus kultiviert und sich zu der Idee verstiegen hat, Deutschland müsse ein für allemal mit den Tabus und Schuldgefühlen brechen, die mit der Schoah und dem Nazismus zusammenhängen. Die DVU wiederum hat Revanchismus und Geschichtsrevisionismus auf ihre Fahnen geschrieben und gewinnt damit in den neuen Bundesländern eine Anhängerenschaft. Dennoch geht es

auch mit ihr bergab. Nachdem sie 1998 in Sachsen-Anhalt immerhin 12,9 Prozent erzielt hatte, trat sie bei den diesjährigen Landtagswahlen erst gar nicht mehr an. Dies erklärt sich fraglos durch die härtere Gangart der CDU und ihren Konfrontationskurs gegenüber der Regierung Schröder.

In Südeuropa hat das Erbe, das der spanische Falangismus, der portugiesische Salazarismus und die Diktatur der griechischen Obristen hinterlassen haben, zur Zersplitterung der Parteien geführt, die sich auf diese Tradition berufen: In Spanien erhielten die fünf falangistischen oder radikalen Parteien, die sich an den Europawahlen vom Juni 1999 beteiligten, insgesamt nur 61 532 Stimmen – ein Anteil von unter 1 Prozent. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2000 war es nicht anders: Hier musste sich die dem französischen Front National nahe stehende Democracia Nacional mit 0,01 Prozent Stimmenanteil begnügen. Noch offenkundiger ist in Portugal das Scheitern des Neosalazarismus: Der Partido Nacional Renovador (PNR),

Nachfolgeorganisation der Alianza Nacional, errang lediglich 3962 Stimmen (0,07 Prozent), während der rechtskonservative Partido Popular mit seinem europafeindlichen Flügel ein Rekordergebnis von 8,75 Prozent erzielte.

In Italien hat die Herausbildung der Alleanza Nazionale den hartgesottenen Neofaschisten so gut wie keinen Platz gelassen. Innerhalb der Allenza gibt es zurzeit drei Strömungen: erstens die Anhänger von Gianfranco Fini, angeführt von Ignazio La Russa und Maurizio Gaspari, der übrigens nach dem 21. April jeglichen Kontakt zu Le Pen ablehnte; zweitens eine gemäßigt „gaulistische“ Strömung, die sich für ein Präsidialsystem stark macht, und drittens die „Destra Sociale“ (soziale Rechte), angeführt von Gianni Alemanno und dem Präsidenten der Region Latium, Francesco Storace, der einer Ideologie des Sozialfaschismus noch am nächsten steht.

Bei den meisten gesellschaftspolitischen Themen wahrt die Alleanza Nazionale eine Balance zwischen diesen drei Strömungen, und da sie sich in religiösen Fragen relativ indifferent verhält, ist sie innerhalb des italienischen politischen Spektrums nicht einmal die reaktionärste Partei. Das ist vielmehr die katholische Partei Vostro Cristiano Democratico (CCD) von Rocco Buttiglione, die auf Betreiben der rechtskatholischen Laienorganisation Comunione e Liberazione die Regierung Berlusconi dazu drängt, das Abtreibungsgesetz und das Gesetz über die Finanzierung der Konfessionsschulen zu revidieren. Unter diesen Bedingungen sank der Stimmenanteil der

Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) von Pino Rauti, dem historischen Führer des radikalen Flügels des Movimento Sociale Italiano (MSI) und ehemaligen Kombattanten der Republik von Salò, auf 0,3 Prozent.

Mit anderen Worten, in Europa sind vor allem solche Gruppierungen der radikalen Rechten auf dem Vormarsch, die zwar noch teilweise zum Erbe der autoritären Bewegungen stehen, aber sowohl ihren Diskurs als auch ihre Organisationsstruktur modernisiert haben. Sie berufen sich auf eine Art untrilateralen und doch protektionistischen Kapitalismus und sie akzeptieren formaliter die parlamentarische Demokratie und den Pluralismus, wobei sie eine Modernisierung des institutionellen Rahmens fordern.

#### „... und im Herzen ein Franzose“

Für all diese Gruppierungen steht die Frage der Identität im Mittelpunkt: Sie vertreten das Primat des Nationalen, das heißt, die politischen, ökonomischen und sozialen Rechte sollen ausschließlich für diejenigen gelten, die schon von ihrer Abstammung her Staatsbürger sind. Die multikulturelle Gesellschaft lehnen sie ab, weil sie in ihr die Quelle sämtlicher Funktionsstörungen des gesellschaftlichen Organismus sehen. Deshalb wollen sie die Einwanderung künftig begrenzen beziehungsweise durch die Ausweisung sämtlicher nichteuropäischer Einwanderer rückgängig machen.

Der französische Front National (FN) ist die größte dieser „gemischten Gruppierungen“. Seine politische Kon-

stante ist der „nationalistische Kompromiss“. Dies macht ihn zum einigenden Faktor der unterschiedlichen ideologischen Traditionen der extremen Rechten, wobei die zahlreichen Erklärungen Le Pens über Auschwitz als „Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ oder über die „jüdische Internationale“ belegen, wie lebendig die Obsessionen aus den Dreißigerjahren heute noch sind. Dabei ist le Pens Wirtschafts- und Sozialprogramm, das bislang auf die Wählerstimmen der Freiberufler und der kleinen und mittleren Unternehmer zielte, in seiner Essenz ultraliberal: Die Abschaffung der Einkommensteuer wie auch die ständigen Attacken gegen den „Fiskalismus“ und die Ablehnung der 35-Stunden-Woche bestätigen, dass Le Pen „wirtschaftlich ein Rechter“ ist, wie er am Abend des ersten Wahlgangs erklärte – und sofort hinzufügte, er sei „sozial ein Linker“ und „im Herzen ein Franzose“.

Die letzte Behauptung ist ein wichtiger Zusatz für eine Partei, die seit mittlerweile zehn Jahren ihre Wählerschaft mehrheitlich aus den unteren Schichten der Bevölkerung rekrutiert und genau vor diesem Hintergrund im Herbst 1995 auch die „soziale Wende“ der Partei verkündete. Worin besteht diese Wende? In der Rehabilitierung der Rolle, die der Staat als regulierende soziale und ökonomische Kraft – sprich: als Bollwerk gegen die liberale Globalisierung – zu übernehmen hat. Aus Sicht des FN geht es dabei allerdings nicht darum, die staatliche Umverteilungspolitik und staatliche Impulse für die Wirtschaft zu fördern: Die

Schutzfunktion des Staates besteht darin, dass er das, was noch an Leistungen und sozialen Rechten übrig bleibt, nach dem Prinzip des nationalen Primats ausschließlich den eigenen Staatsbürgern zukommen lässt.

deutschen Besatzungsmacht kollaborierten, andererseits gibt es im VB auch eine liberale Strömung, deren Sprecherin, die Abgeordnete Alexandra Colen, in der Zeitschrift *Peper en Zout* Margaret Thatcher preist, weil diese „ihr Land von der

Wie Tor Björklund und Jorgen Goul Andersen gezeigt haben (4), geht in diesen Ländern, in denen der Wohlfahrtsstaat unter bürgerlichen wie unter sozialdemokratischen Regierungen ausgebaut wurde, die traditionelle Sympathie der Arbeiterklasse für die Linke tendenziell zurück. Damit gewinnt aber die autoritäre Komponente der Arbeiterkultur die Oberhand, die nur in der „Neuen Rechten“ ihren politischen Ausdruck findet. Dieser Autoritarismus äußert sich auch im Widerstand gegen jede Art von Multikulturalismus, der als Bedrohung für die ethnisch wie religiös traditionell sehr homogenen Gesellschaften empfunden wird. Besonders beunruhigend ist in dieser Hinsicht die Situation in Dänemark, da die im Parlament vertretene Volkspartei in der Lage ist, die von ihr gewünschte Gesetzesänderung gegenüber der liberal-konservativen Koalition durchzusetzen. So besteht durchaus die Möglichkeit, dass demnächst eine gesetzliche Bestimmung verabschiedet wird, wonach zwei Ausländer derselben Nationalität nicht heiraten dürfen, wenn sie jünger als 24 Jahre sind.

Die fremdenfeindliche, rassistische und vor allem antiislamische Tendenz kennzeichnet das gesamte rechtsextremistische Spektrum in Europa. Eine große Rolle spielte sie auch beim vielfach analysierten Aufschwung der österreichischen FPÖ unter ihrem früheren Vorsitzenden Jörg Haider (26,9 Prozent bei den Parlamentswahlen von 1999) und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) von Christoph Blocher (22,6 Prozent bei der Wahl von 1999).



Am 1. Mai in Paris

Foto: AP

Um die Stiefkinder der ultraliberalen Globalisierung zu beruhigen, wird sich der Staat des FN als Ordnungsregime aufspielen und die Frage der Sicherheit wie den Kampf gegen die moralische Laxheit zum Kernpunkt seines Diskurses machen. Spektakuläre Forderungen wie der Austritts Frankreichs aus der EU oder die Rückkehr zum Franc dienen ihm als Alibi, um zu kaschieren, dass er die Postulate der liberalen Globalisierung – außer in der Rhetorik eines prinzipiellen Antiamerikanismus – tatsächlich nicht in Frage stellt.

Auch der Vlaams Blok (Flämischer Block, VB) (3) lässt sich nicht eindeutig politisch verorten. Einerseits beruft er sich noch immer auf die Bewegung der deutschen Nationalsozialisten unter Joris Van Severen und die Linkstheoretiker des flämischen Nationalismus, die mit der

Diktatur der Gewerkschaften befreit hat“.

Am erfolgreichsten sind die nach allgemeinem Sprachgebrauch „rechtsextremistischen“ Parteien in Skandinavien. In Dänemark erhielt bei den Parlamentswahlen im November 2001 die Dansk Folkeparti (Volkspartei) von Pia Kjørsgaard 12 Prozent der Stimmen; in Norwegen brachte es die Fremskridtspartiet (Fortschrittspartei) von Carl Ivar Hagen bei den Wahlen von 1997 sogar auf 15,3 Prozent. Diese Gruppierungen vertreten keinen krisenbedingten, sondern einen „Wohlstandspopulismus“, ihre Wähler sind Angehörige des Mittelstands, selbstständige Unternehmer und zunehmend auch Arbeiter. Gleichwohl plädiert die Fortschrittspartei für eine vollständige Deregulierung des Arbeitsmarktes, der sogar der gesetzlich garantierte Mindestlohn zum Opfer fallen würde.

In jüngster Zeit sind neue Gruppierungen auf der Bildfläche erschienen, die sich noch weniger einordnen lassen. So etwa in den Niederlanden die Liste von Pim Fortuyn und die Bewegung Leefbaar Nederland. Fortuyn errang im März 2002 bei den Kommunalwahlen in Rotterdam 35 Prozent der Stimmen und erhoffte sich von den Parlamentswahlen am 15. Mai ein ähnliches Resultat. Nach seiner Ermordung am 6. Mai ist die Zukunft der auf seine Person zugeschnittenen Liste offen. Die Leefbaar-Bewegung lag bei denselben Kommunalwahlen in Almere, Eindhoven und Hilversum an der Spitze, dürfte aber landesweit nur einen Stimmenanteil von etwa 3,1 Prozent erreichen.

Worin besteht die Gemeinsamkeit dieser Parteien? Zuerst wohl in ihrer populistischen Protesthaltung. Zum anderen stimmen sie überein in ihrer Befürwortung von Law and Order und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Einwanderung: Die niederländischen Gruppierungen betonen die Notwendigkeit, die in ihren Augen allzu liberale Gesetzgebung des Landes zu verschärfen, und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Kriminalität der Nordafrikaner; die Schill-Partei vertritt als einzigen Programmpunkt die „Abschaffung“ der Kriminalität. Und schließlich zeichnen sich alle diese Gruppierungen dadurch aus, dass es sich um lokale Initiativen mit nationalen Ambitionen handelt: Leefbaar Nederland funktioniert als Sammlungsbewegung lokaler Listen, die Schill-Partei lässt eindeutig erkennen, dass sie im ganzen Land präsent sein will, auch wenn sie inzwischen

beschlossen hat, bei den Bundestagswahlen im September 2002 nicht anzutreten.

Eine weitere Ähnlichkeit betrifft das persönliche Profil der Anführer: Einerseits geben sie sich volksnah und betonen immer wieder ihre bescheidene Herkunft (Le Pen, der „Hunger und Kälte erlebt hat“; Christoph Blocher als Sohn eines armen Pastors), andererseits sind sie häufig durchaus wohlhabend, wenn nicht sogar reich: Blocher ist Milliardär, der einen Chemiekonzern leitet; Ulrich Marseille, der Spitzenkandidat der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt, hat mit Kurkliniken ein beträchtliches Vermögen gemacht. Geradezu beispielhaft ist der Fall des ehemaligen FPÖ-Chefs Jörg Haider. Der Erbe eines arisierten Familienvermögens umgab sich mit Leuten wie Karl-Heinz Grasser, einem jungen Topmanager aus der Privatwirtschaft, der österreichischer Finanzminister wurde, und dem milliarden schweren Papierindustriellen Thomas Prinzhorn. Zudem verfolgten die freiheitlichen Minister der Wiener Koalition in der Frage des „Nulldefizits“, der künftigen Ruhestandsregelung und der Familienpolitik einen Kurs, der den Interessen des arbeitenden FPÖ-Wahlvolks absolut zuwiderläuft. Was im Übrigen teilweise erklären dürfte, warum die Partei seit ihrem Eintritt in die Regierung im Februar 2000 bei Nachwahlen immer wieder Stimmenverluste hinnehmen musste.

Die neuen Spielarten des Rechtsextremismus sind vor allem eine Form des reaktionären Protests gegen die Positionen der traditionellen Rechten wie Linken, die sich im allgemeinen Konsens den Forderungen des

ökonomischen und sozialen Ultraliberalismus sowie der Ideologie der Globalisierung angeschlossen haben. Das würde bedeuten, dass die Linke, die sich von den kleinen Leuten entfernt hat, sich selbst reproduzierende Regierungseliten erzeugt und sich hinter einem technokratischen Managementdiskurs verschanzt, am Entstehen dieser Dritten Welle nicht ganz unschuldig ist. Diese Welle wird nur dann aufzuhalten sein, wenn es wieder eine echte Alternative zwischen rechts und links gibt und der Staat wieder als zentrale Instanz öffentlichen Handelns anerkannt wird.

(in: *LE MONDE diplomatique*, Mai 2002)

#### Anmerkungen :

- (1) « Die Besonderheit dieses Populismus des FN besteht darin, dass er sich in einer Führung wiedererkennt, die sich auf ein faschistisches Erbe beruft. Und er ist derart in den Werten der extremen rechten verankert, dass er sich der klassischen rechten nicht anzuschließen vermag“ (Yves Meny in *Liberation* vom 24. April 2002).
- (2) Siehe Uwe Backes/Eckhard Jesse (HRSG.), „Jahrbuch Extremismus und Demokratie“, Bonn (Bouvier) 2001.
- (3) Zum VB siehe Marc Spruyt, „Wat het Vlaams Blok verwijgt“, Löwen (Van Halewyck) 2000.
- (4) Siehe ihr Beitrag „Radical Right-Wing Populism in Scandinavia“, in: Paul Hainsworth (HRSG.), „The Politics of the Extreme Right. From the Matgin to the Mainstream“, London und New York (Pinter) 2000.

## DREI FOTOS AUS ALMANYA

### Momentaufnahmen von Imran Ayata

**Betrunkene Menschen haben sich zu einer Polonaise um einen großen weißen Tisch versammelt. Bunte Papierschleifen schmücken hässliche Frisuren. Die Männer auf dem Foto sind alle dick, manche haben eine Glatze. „Kartoffelfresser“ eben, wie meine Eltern wohlbeleibte Deutsche nannten.**

An der Spitze der Polonaise posiert der Abteilungsleiter in die Kamera. „Sef“, wie Vorgesetzte bei heute bei vielen Kanaken heißen. Nur meine Mutter sitzt allein am Tisch und blickt ein bisschen neidisch auf die tanzende Gesellschaft.

Sie zeigte mir das Foto, nachdem sie mir jahrelang versucht hatte zu erklären, dass „Deutschland scheiße“ sei und die Deutschen uns wie „Menschen zweiter Klasse“ behandeln würden. Davon war in der Schule nie die Rede. Wir lernten auswendig, dass alle Menschen nach dem Grundgesetz gleich seien, und dass es heute keine Klassen mehr gebe. Also fand ich, dass Mutter nicht recht hätte. „Wenn du erst arbeitest, wirst du das verstehen“, grüßte sie mit ihrer Lieblingsformel. Und eines Donnerstags kam Vater früher von der Arbeit nach Hause. Er schwieg mit traurigen Blicken. Nachdem wir Stunden später gemeinsam *Dalli Dalli* gesehen hatten, erzählte der fristlos gekündigte Baba, er habe Hans-Peter verprügelt, weil er ihn „Kümmelfresser“ und „Scheiß-Kanake“ genannt hatte. Bum, bum, bum, Hans-Peter guckt dumm. Vay, vay, vay, dann tranken wir cay.

Ich blickte zu meinem Vater und malte mir aus, wie er im Stile von Yilmaz Güney, also Cirkin Kral, dem kantigen Held türkischer Filme, die wir jeden Sonntag Mittag im Kino Capitol in der Hirschstraße sahen, seinem Kollegen ordentlich eine verpasst. Ich versuchte mir vorzustellen, wie Hans-Peter auf jenem heißen Gussasphalt liegt, den sie zuvor gemeinsam verlegt hatten. Ich war ein wenig neidisch, weil meine übliche Perspektive bei Prügeleien der Blick von unten nach oben war. Nur einmal war es mir gelungen, einen Jungen, der schon vorher Thorsten Gulasch hieß, zu vermöbeln, weil er mich damit nervte, Türken seien dreckig und nur wegen des Kindergeldes in Deutschland. Tatsächlich hatte Frau Bohnenkämpfer, unsere Klassenlehrerin, einige Tage vorher nur mich gebeten, nach dem Unterricht einen Moment länger zu bleiben. Sie kraulte mir die Kopfhaut und suchte nach Läusen. Ich fand das Kribbeln sehr schön, weil ich ein bisschen in Frau Bohnenkämpfer verknallt war.

Richtig verliebt war ich Jahre später in Sonja Weiß, eine Kommilitonin an der Frankfurter Uni. Wir studierten gemeinsam im „Turm“ Sozialwissenschaften. Ich ließ nichts aus, um ihr näher zu kommen. Besuchte langweilige Statistikseminare, weil ich wusste, dass sie daran teilnahm. Nachdem ich Sonja bei jeder sich bietenden Gelegenheit angelächelt hatte, als hätte gerade mein Lieblingsclub ein Tor geschossen, sprach sie mich eines Tages an und fragte, ob ich mit ihr im Grüneburgpark joggen wolle. Ich hasse Laufen, dennoch hechelte ich an einem sonnigen Samstag über eine Stunde hinter Sonja her, weil die passionierte Runnerin mir hoffnungslos weglief. Einige Tage später flanierten wir glücklich über die Zeil und setzten uns dann in ein Café. Ein junger Paki fragte uns, ob er ein Foto von uns machen solle. Wir willigten gerne ein. Das Polaroid situativer Verliebtheit zeigte ich meiner Schwester, die fand, meine erste deutsche Freundin auf dem Bild sehe „ganz nett“ aus.

Sonjas Vater war besorgt, ich könnte seine Tochter zu einer Extrarunde auf der schiefen Bahn verleiten. Drogen,

Kriminalität, Fundamentalismus, Terror. Deshalb hatte er vorgesorgt. Ich durfte meine neue Flamme nicht besuchen, wenn der „Vadder“ zu Hause war. Endlich fuhr er an die Ostsee, um sich mit Kameraden aus seiner alten Pfadfindergruppe zu treffen. Sonja und ich waren nun langsam über das Stadium des Händchenhaltens hinaus und freuten uns am zweiten Abend nach seiner Abreise auf unsere erste gemeinsame Nacht. Wir tranken Rotwein, dessen Wirkung wir leider viel zu schnell spürten. Beschwipst landeten wir in ihrem Bett und begannen, uns unerfahren zu lieben. Es war anstrengend und hatte leider nichts mit dem zu tun, was ich aus Kiosk-Romanen wie *Daniela* oder *Angela*, die voller aufregender Liebesszenen waren, kannte. Als wir wenig später müde nebeneinander lagen, sagte Sonja leise: „Du, ich möchte dir etwas sagen.“ Ich wollte nicht darüber sprechen, warum wir schlechten Sex gehabt hatten. Also schwieg ich. Doch sie hakte nach und wollte wissen, ob ich es eben auch so toll gefunden hätte. Überrascht und unehrlich stimmte ich zu. Und Sonja schien noch glücklicher. „Jetzt weiß ich endlich, warum man über euch Südländer sagt, dass ihr feurige Liebhaber seid.“ Wir blieben noch fast ein Jahr zusammen. Sonja stellte damals Werke von Orhan Veli und Nazim Hikmet in ihr Bücherregal, in denen ich hin und wieder blätterte. Meine ersten Bemühungen, Gefallen an Literatur aus der Türkei zu finden.

Euphorie verspürten wir, als unsere Kanak-Kombo vor einem Jahr in einem Berliner Theater fast 24 Stunden lang rockte. Wir hatten dabei fast keinen „Ismus“ dieser Welt ausgelassen und kratzten besonders am hässlichen Gesicht des Rassismus. Dariusz erinnerte auf der Großen Bühne an Kemal Altun, der Anfang der 80er Jahre während seines Abschiebeprozesses Selbstmord beging, indem er sich aus dem Fenster stürzte. Und ein von Bärenfell umhüllter Kanake trug mit vibrierender Stimme eine Passage aus Ralph Giordanos „Ausländer wehrt euch!“ vor. Ein deutsch-türkischer Schauspieler, der in TV-Serien immer den Kriminellen mimt, echaffierte sich nach der Aufführung im Foyer des Hauses, der Bärenjunge hätte zu Gewalt aufgerufen, das sei so ewig-gestrig. Es war ein Zitat aus dem Jahr 1993 – Giordanos Deutschland nach Solingen. Darüber wollten wir ihn nicht aufklären. Das matte Filmsternchen aber gab uns den Rat, nicht in Nischen zu verkommen. Der Film-Milim-Ali interessierte meine Mutter nicht, als sie voller Stolz Laura zu ihrer Bühnenperformance gratulierte. Sie fand es rührend, dass „ihre Kinder“ in einem Theater der Hauptstadt die „Geschichte der Klasse 2“ erzählt hatten. Die beiden waren immer noch fest umschlungen und klopfen sich anerkennend auf den Rücken. Ein Fotograf ließ sich diesen Moment nicht entgehen. Am Tag darauf schmückte das Foto einen Artikel in einer Berliner Zeitung. Der Autor war enttäuscht, dass er am Vor-Abend im Theater keine echten Ghetto-Kanaken angetroffen hatte. Er titelte mit „Caipirinha und Rassismus“ und berichtete vom ungewohnten Knoblauchgeruch im Theater. Ich wurde müde. Die Kanak-Kombo macht weiter.

# graswurzel revolution



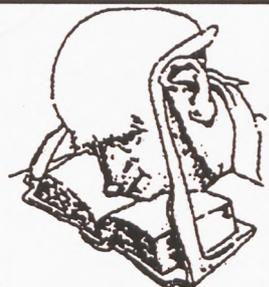
monatszeitschrift für eine gewaltfreie herrschaftslose gesellschaft

- ★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie
- ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreie anarchismus ★ concert for anarchy i.v.m.

Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)  
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)  
GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11,  
D-53947 Nettersheim  
www.graswurzel.net

# BUCHLADEN

## TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

(Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Vor bestellen jedes beliebige Buch

# SONNENBLUME

## Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 48657 Recklinghausen  
am Hauptbahnhof  
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

**Öffnungszeiten:** Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr  
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- ☛ Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- ☛ Party- und Veranstaltungsservice
- ☛ Vollwertbuffets
- ☛ Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- ☛ Große Auswahl an ökologischen Weinen
- ☛ Regelmäßige Weinproben
- ☛ Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- ☛ Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- ☛ Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR KOST & WAREN

### Schallplattenversand

Matthias Henk  
Postfach 11 04 47  
28207 Bremen  
Der Antifa Platten Versand



**Bei uns erhältlich:**  
ANTIFA CD'S aus Holland:  
X-TREM mit Smut, Roggel,  
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit  
Aufkleber, Aufnäher) CD DM 22,00  
Sampler: Gramschap 1978-1996  
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,  
Bauder Pop Gruppe, Draske,  
Kess u.v.a. DCD DM 33,00

**Erhältlich per Post oder:**  
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",  
Hamburger Allee 35, 60486  
Frankfurt/Main oder  
Boekhandel Rosa,  
Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA  
Groningen- Niederlande  
Bestellt den Katalog!  
Lieferung per  
Vorausrechnung + Porto  
Tel. & Fax: 0421-4988535  
E-mail: JUMP@t-online.de

# Theater Kunst

# BALANCE

Jonglieren Artistik

## Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5  
Öffnungszeiten 10<sup>h</sup>-18<sup>h</sup>  
Samstags 10<sup>h</sup>-14<sup>h</sup> & langer Samstag

# HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

- gut bekömmliches Brot mit Backferment-Sauerteig
- frisch vermahlene Bio- und demeter-Getreide
- alle Zutaten aus kontrolliert-biologischer Landwirtschaft
- EWG - Kontrollsystem (DE-006-Öko-Kontrollstelle)

**Bochum-Weitmar, Hattinger Str. 188**  
Tel 0234 - 450590 Fax - 45 22 68 www.hutzelbrot.de  
montags - freitags : 9 - 18 Uhr, samstags : 8 - 13 Uhr

**MÄRKTE:**  
mittwochs und samstags  
auf dem Buddenbergplatz am Hauptbahnhof  
freitags 10 - 17 Uhr auf dem  
Öko-Markt im Gerber-Viertel



# TERRÉ DES FÈMMES

## Buchkalender für Frauen 2002

### Planerin



- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Herausnehmbares Adressbuch
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

- DM 23,50/€ 12, ÖS 180, SFR 23,50
- Erscheint im August 2001 • ISBN 3-9806165-5-x

**TERRÉ DES FÈMMES E.V.** Postfach 2565, 72015 Tübingen  
Tel. 07071-7973-0, Fax 07071-7973-22

**MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU**

## BERTOLT BRECHT DIE KÄUFERIN

Ich bin eine alte Frau.  
Als Deutschland erwacht war  
Wurden die Unterstützungen gekürzt. Meine Kinder  
Gaben mir ab und zu einen Groschen. Ich konnte aber  
Fast nichts mehr kaufen. Die erste Zeit  
Ging ich also seltener in die Läden, wo ich früher täglich  
gekauft hatte.

Aber eines Tages dachte ich nach, und dann  
Ging ich doch wieder täglich zum Bäcker, zur  
Grünkramhändlerin

Als alte Käuferin.

Sorgfältig wählte ich unter den Esswaren  
Griff nicht mehr heraus als früher, doch auch nicht  
weniger  
Legte die Brötchen zum Brot und den Lauch zum Kohl  
und erst

Wenn zusammengerechnet wurde, seufzte ich  
Wühlte mit meinen steifen Fingern in meinem  
Lederbeutelchen  
Und gestand kopfschüttelnd, dass mein Geld nicht  
ausreiche

Das Wenige zu bezahlen, und ich verließ  
Kopfschüttelnd den Laden, von allen Kunden gesehen.

Ich sagte mir:

Wenn wir alle, die nichts haben  
Nicht mehr erscheinen, wo das Essen ausliegt  
Könnte man meinen, wir brauchten nichts.  
Aber wenn wir kommen und nichts kaufen können  
Weiß man Bescheid.